

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonnstage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Tblr.,
für ganz Preußen 1 Tblr.
24½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate.
(1) Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum;
Reklamen verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Armeebefehl. In dem Augenblicke, als der Krieg zwischen zwei großen und benachbarten Mächten ausbrach, habe Ich die Kriegsbereitschaft der Armee angeordnet, um die Machtstellung zu wahren, welche dem preussischen Staate zukommt. Die Gefahr, die damals drohte, ist vorüber. Während Ihr noch auf dem Marsche wart, um die vorgeschriebenen Stellungen einzunehmen, haben die kriegführenden Mächte Frieden geschlossen. Gaer Vorrücken hat gezeigt, daß es unser fester Entschluß war, wie auch die Loose des Krieges fallen mochten, unsere Grenzen und die Marken Deutschlands unverletzt zu behaupten. Ihr habt die Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, die Ich von Euch erwartet habe, und überhaupt eine des preussischen Namens würdige Haltung bewährt. Viele von Euch haben persönliche Opfer gebracht. Ich spreche Euch Meine volle Anerkennung aus. Schloß Babelsberg, den 16. Juli 1859. gez. **Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent.**

Berlin, 19. Juli. Se. R. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allernächtigst geruht: Den Legationssekretär Adolph v. Steffens in den Freiherrenstand zu erheben; und dem Hütteninspektor Mendel zu Königsbütten den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.
Dem Vorstehenden der königlichen Direktion der Rhein-Nahe-Eisenbahn, Landrathe Dittmer, ist in Folge der bevorstehenden Auflösung der genannten Behörde die Stelle des Vorstehenden der königlichen Direktion der Wilhelms-Bahn zu Kattow übertragen worden; der Kontrolleur Georg Müller zu Saarbrück ist zum Kassensendanten und der Kalkulator Gottlieb Helm bach zum Kassenskontrollen bei dem Bergamte dafelbst ernannt worden.
Se. Königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen ist von Swinemünde hier eingetroffen.
Abgereicht: Se. Excellenz der Staatsminister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, v. d. Heydt, nach Kissingen.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 18. Juli. [Destreichs Verhalten zu Preußen; die militärischen Maßnahmen; Bewegung des diplomatischen Personals.] Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Preußen ein gemeinsames Wirken mit der sünddeutschen Großmacht fast unmöglich gemacht wird, weil das Wiener Kabinet unserer Regierung niemals aufrichtige Mittheilungen über seine Wünsche und Absichten zugehen läßt. So ist es noch erinnerlich, daß der Erzherzog Albrecht in Berlin über die Eventualitäten des Krieges oder des Friedens unterhandelte, während Graf Buol schon sein unvermeidlich zum Krieg führendes Ultimatum an Sardinien schrieb. In ähnlicher Weise war hier Fürst Windischgrätz bemüht, Preußen und Deutschland in den Krieg gegen Frankreich hineinzuziehen, und schon flogen zwischen den Hauptquartieren der beiden Kaiser die Depeschen, welche den Friedensschluß zwischen Destreich und dem Napoleoniden herbeiführen sollten. Noch mehr: Fürst Windischgrätz stellte als unerlässliche Bedingung des Friedens nicht allein die Bewahrung des österreichischen Besitzes in Italien, sondern auch die Aufrechterhaltung der österreichischen Spezial-Verträge mit den italienischen Herzogthümern hin, und verlangte, daß Preußen alle seine Kräfte für die Durchführung eines solchen Programms aufbieten solle. Nach allen Vorgängen der Art kann es nur befremden, daß der Kaiser Franz Joseph in seinen jüngsten Kundgebungen die Niederlage Destreichs gewissermaßen der Unzuverlässigkeit seiner Bundesgenossen zur Last legt. Die betreffenden Aeußerungen haben hier sehr böses Blut gemacht, und es steht fest, daß unsere Regierung dieselben nicht unermüdet lassen wird. — Man folgert aus dem Inhalt des heute in der „Preussischen Zeitung“ veröffentlichten Armeebefehls Sr. R. H. des Prinz-Regenten (s. oben), daß die Regierung zwar die kriegerischen Eventualitäten augenblicklich für beseitigt erachtet, aber eine wirkliche Demobilisirung noch nicht beschlossen hat. Sicher ist jedoch, daß die Truppen in ihre früheren Standquartiere zurückkehren und daß Beurteilungen im umfassenden Maße bewilligt werden. Mit den letzteren soll, so viel ich erfahre, schon in den nächsten Tagen begonnen werden, und es ist die Anordnung getroffen, daß vorzugsweise die verheiratheten Landwehrmänner berücksichtigt werden. — Unsere Diplomatie wird jetzt wieder stark in Anspruch genommen werden. Man erwartet, daß Graf Pourtales baldigt auf seinen Posten nach Paris zurückkehren wird. Dagegen wird Herr v. Bismarck-Schönhausen aus Petersburg hierher kommen und, wie man in politischen Kreisen glaubt, für längere Zeit auf Urlaub hier verweilen.

[Berlin, 18. Juli. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Unter Hof hat gestern die schmerzliche Nachricht von dem Tode der Königin Stephanie von Portugal erhalten. Der Vater, der Fürst von Hohenzollern, machte selbst Ihren Majestät und den Mitgliefern der königl. Familie Mittags die Anzeige von dem erschütternden Verluste, der ihn so unerwartet getroffen. Die Königin ist nur zwei Tage an der Bräune erkrankt gewesen und in der Blüthe ihrer Jahre gestorben. Für diesen plötzlichen Todesfall giebt sich hier allerorts die innigste Theilnahme kund; wir alle kannten ja die vereinigten Königin und können den Verlust ermaßen. Unser Hof ist durch diesen Tod in die tiefste Betrübnis versetzt; namentlich ist aber die Frau Prinzessin von Preußen dadurch schmerzlich berührt worden, da sie die Verewigte wie eine Tochter liebte. Der Fürst von Hohenzollern ist mit seinen Söhnen schon gestern Abend nach Düsseldorf abgereist, um dort einige Zeit seiner Familie zu leben und später auf seine Güter nach der Schweiz zu gehen. Der Erbprinz Leopold, der seine Schwester nach Kissingen geführt, ist, wie

ich höre, auch jetzt dorthin abgereist. — Der Prinz-Regent hat heute Vormittag mit dem General v. Manteuffel und dem Geheimrath Maistre gearbeitet und empfing Mittags den Minister v. Auerwald, der erst um 1/2 Uhr Nachmittags wieder hierher zurückkehrte. Bis jetzt ist bestimmt, daß der Prinz-Regent in nächster Woche nach Gms geht und später sich nach Ostende begiebt; doch hängt natürlich die Ausführung dieser Reiseabsichten noch sehr von den Zeitverhältnissen ab. Daß der König auch die Absicht hat, seiner Schwester, der Kaiserin Mutter, in Gms einen mehrtägigen Besuch zu machen, wird an sonst wohlunterrichteter Stelle in Abrede gestellt. — Die „Preuß. Ztg.“ bringt heute einen Armeebefehl des Prinz-Regenten; eine Demobilisirungsordre läßt noch auf sich warten. Wie mitgetheilt wird, soll jedoch bald eine Entlassung aller verheiratheten Landwehrmänner eintreten. Diese Nachricht ist hier mit großer Freude aufgenommen worden. — Aus Petersburg ist hier die Nachricht eingegangen, daß unser dortiger Gesandter v. Bismarck-Schönhausen in diesen Tagen mit Urlaub von dort in Berlin anlangt; dagegen sollen noch in dieser Woche Graf Pourtales nach Paris und v. Usedom nach Frankfurt a. M. zurückkehren; man hält es an der Zeit, daß beide Vertreter sich jetzt auf ihren Posten befinden (vergl. oben die AdKorr.). — Bei uns ist jetzt die Zeit der Gerüchte; alle haben Destreich, Italien und Frankreich zum Gegenstande. Ueberall soll der Aufstand ausgebrochen sein, oder doch schon eine solche Gährung herrschen, daß man jeden Augenblick eine Insurrektion erwartet. — Auf dem Lande ist man bei uns jetzt mit der Ernte beschäftigt und freut sich des reichen Segens; nur ersehnt man bei der sengenden Hitze Regen vom Himmel, da man sonst für die späte Kartoffel besorgt ist. — Von einem Ihrer Mitbürger, welcher sich schon wiederholt mit der Ausarbeitung von Finanzprojekten befaßt, ist dem Ministerium ein Vorschlag zur Erhöhung der Staatseinnahmen eingereicht. Derselbe verlangt 1) Erhöhung der Einkommensteuer in den höchsten Stufen. 2) Besteuerung der gegen Feuergefahr Versicherten mit 1 Sgr. pro Hundert der Versicherungssumme von Mobilien und Immobilien. 3) Aufhebung der Lotterie-Obereinerstellen und Debit der Loose durch die königl. Regierungen. Obgleich die dem Staat hierdurch nachgewiesenen Einnahmen sehr bedeutend sein sollen, haben die Vorschläge die gewünschte Anerkennung nicht gefunden, was indeß den talentvollen Finanzier nicht abhalten mag, das Seinige zu einer glücklichen Lösung der schwierigen Frage einer vollkommen richtigen Besteuerung beizutragen.

— [Preussische Circulardepesche.] Die in den Zeitungen mehrfach erwähnte Circulardepesche der preussischen Regierung vom 6. d. Mts. an ihre diplomatischen Agenten bei den deutschen Bundesstaaten lautet wie folgt:

Gw. — habe ich in meinem Erlaß vom 24. vor. Mts. den Standpunkt zu präzisieren mich bemüht, von welchem aus die königliche Regierung die Mobilmachung des größeren Theiles ihres eigenen Heeres angeordnet und in der Bundesversammlung diejenigen Anträge eingebracht hat, durch deren am 2. d. M. erfolgte Annahme die deutschen Bundes-Regierungen uns einen erfreulichen Beweis ihres Vertrauens gegeben haben. Als ein notwendiges Komplement dieser Maßnahmen sind die weiteren Anträge zu betrachten, welche der königliche Bundesbotschafter in der Sitzung vom 4. d. M. zu stellen beauftragt worden ist, und von welchen ich in der Anlage Abschrift beifüge. Da sie wesentlich auf denselben Motiven wie die früheren beruhen, glaube ich mich einer besonderen Begründung derselben in materieller Hinsicht enthalten zu können, dagegen ist es mir eine Pflicht und ein Bedürfnis, den deutschen Regierungen sofort alle Erläuterungen darzubieten, welche dazu dienen können, die dieselbe Auffassung vollkommen klar zu machen, und unsere Anträge vor Mißverständnissen zu bewahren, welche, wenn sie später eintreten sollten, von bedenklichen Folgen sein könnten. Wir sind dies den verbündeten Regierungen um so mehr schuldig, da, wenn diese Anträge angenommen werden, alle Streitkräfte des Bundes kriegsbereit sein werden; wir sind es uns selbst schuldig, nachdem in der Sitzung vom 4. bereits von mehreren Seiten, namentlich von königlich württembergischer und großherzoglich hesseischer Seite, Erklärungen abgegeben und Anträge in Aussicht gestellt sind, welche dasselbe Terrain berühren werden, auf welchem sich unsere Anträge bewegen, und zu denen daher unser Verhältnis von vorn herein klar gestellt werden muß. Ich darf deshalb den gegenwärtigen Augenblick nicht vorübergehen lassen, ohne mich über die Gründe auszusprechen, welche uns bewegen haben, unseren Anträgen die vorliegende Fassung zu geben. Diese Fassung ist das notwendige Ergebnis unserer Anschauung von der Form, welche nach unserer Ueberzeugung die militärische Aktion Preußens einerseits und Deutschlands andererseits event. anzunehmen haben, und von dem Verhältnis, in welches beide zu einander zu setzen sein würden. Wir müssen wünschen, daß diese unsere Anschauung von unseren Verbündeten vollständig erkannt und getheilt werde. Es wird Gw. . . . bei näherer Erwägung der Anträge sofort nicht entgegen, daß die Form mit Absicht so gewählt erscheint, daß die direkte Aktion des Bundes nicht in den Vordergrund trete. Es sind dabei nicht die Verhältnisse zum Grunde gelegt, welche die Bundeskriegs-Verfassung bei eintretendem Bundeskrieg als maßgebend vorausgesetzt; es ist nicht die Bildung eines Bundesheeres und die Uebertragung des Oberbefehls an einen Bundesfeldherrn vorgeschlagen, sondern ein Anschlag an die von Preußen aus freiem Entschluß im europäischen, wie im deutschen Interesse getroffenen Maßnahmen. Es hat dies seinen Grund zunächst in den Rücksichten, welche die Stellung Deutschlands in Europa fordert und in der von der königlichen Regierung bereits mehrfach ausgesprochenen Ueberzeugung, daß für den Bund als solchen für jetzt ein casus belli nicht vorliegt, daß vielmehr Grund zu der Annahme vorhanden sei, es werde eine Veranlassung dazu auch von der andern Seite vermieden werden. Es kann nicht in den Absichten Preußens liegen, den Bund zu Schritten und Maßnahmen zu veranlassen, durch welche derselbe sich dem Vorwurfe aussetzen könnte, einen solchen Krieg seinerseits ohne dringende Nothigung herbeigeführt zu haben. Es ist aber klar, daß alsdann auch der Fall, in welchem eine Anwendung der bezüglichen Bestimmungen der Bundeskriegs-Verfassung stattfinden könnte, nicht vorliegt. Ich kann aber nicht umhin, zuzufügen, daß nicht allein diese politischen Erwägungen, so wichtig sie auch sind, uns geleitet haben, sondern auch, im Hinblick auf die Eventualität eines wirklich ausbrechenden Krieges, die Rücksicht auf die fast allseitig anerkannte praktische Unausführbarkeit der Bundeskriegs-Verfassung selbst, namentlich in ihren Bestimmungen über die oberste Leitung, welche eine wirksame Kriegsführung wesentlich erschweren. Dagegen verkennen wir auch nicht die großen Vortheile, welche diese für die innere Organisation der deutschen Wehrkräfte ihrer Zeit bewährte Kriegsverfassung nach anderen Seiten hin darbietet; und wir würden uns so weniger an eine gänzliche Beseitigung derselben denken können, als dies zu einem Auseinanderreißen der militärischen Organisation Deutschlands führen könnte, welches leicht ein unheilvolles Präzedenz für eine Zersplitterung des deutschen Vaterlandes werden dürfte. Es mußte also unser Augenmerk darauf gerichtet sein,

unter Vermeidung der angeordneten Noththeile einen Mittelweg zu finden, welcher die beiderseitigen Vortheile vereint. Wir könnten uns dabei an frühere, auch unseren Genossen im Bunde nicht fremd gebliebene Erwägungen anschließen. Namentlich in früheren Besprechungen mit dem kais. österreichischen Kabinet sind jene Umstände, resp. Noththeile ins Auge gefaßt worden, und es hat sich dabei die Ueberzeugung nur fester stellen können, daß eine militärische Aktion Deutschlands sich immer am Besten unter die militärisch am festesten organisierten Mächte des Bundes vertheilen und an dieselben anlehnen würde, so daß die sündlichen Staaten ihre Streitkräfte unter Destreich, die nördlichen unter Preußens Führung stellten, und auf beiden Kriegstheatern im Einzelnen selbständig, aber unter gemeinsamer Verständigung operierten. Diesen Standpunkt hält Preußen im Wesentlichen auch jetzt fest; nur hat der doppelte Umstand, daß Destreich, als schon jetzt im vollen Kriege begriffen, durch die Uebernahme des Oberbefehls über eine vorerst nur vorbereitende und nicht aktiv kriegerische Aufstellung eine nicht haltbare Doppelposition einnehmen würde, und daß es für jetzt seine volle Kraft außerhalb der deutschen Grenzen zu verwenden genöthigt erscheint, zu dem Antrag veranlassen müssen, den Oberbefehl über die sünddeutsche Aufstellung an Bayern zu überlassen. Im Norden, wo das Eintreten des 9. und 10. Armeekorps in unsere Aktion sich von obigem Standpunkt aus von selbst ergibt, treten wir vor der Hand mit doppelt so großen Truppenmassen auf, als unser Kontingent beträgt, und werden event. mit der dreifachen Zahl auftreten können. Es ist daher keine Inkongruenz, wenn Preußen, ohne dem speziellen Oberbefehl Bayerns zu nahe zu treten, die obere Leitung auch der sündlichen Aufstellung in Anspruch nimmt, so weit es die Einheit des Handelns erfordert. Wir dürfen wohl darauf hindrücken, daß das Hauptgewicht immer auf der Seite der eben erwähnten Massen-Entwicklung liegen und durch diese bedingt werden wird. Durch diese Anordnung erscheint es als möglich, die militärischen Noththeile der Bundeskriegsverfassung zu vermeiden, und doch die Bestimmungen derselben, so weit sie zweckmäßig sind und ein einheitliches Handeln und organisches Zusammenfassen der Kräfte bedingen, aufrecht zu erhalten. Es wird dadurch zugleich der oben erwähnte Zweck erreicht, den Bund als solchen vor einem Bundeskrieg zu bewahren. Es sind zwar nicht die einzelnen Staaten, welche ihre Streitkräfte dem preussischen Heere zuführen, sondern es ist der Bund, welcher diese Bestimmungen trifft. Aber er thut nicht durch die drohende Aufstellung eines Bundesheeres einen Schritt, welcher zu einem Bundeskrieg führen würde, sondern er stellt einer ihm selbst angehörenden Macht, welche in diesem Augenblick in eine die Herstellung des Friedens bezweckende Aktion getreten ist, seine Kontingente als anerkannte Hülfskräfte zur Verfügung, welche seine eigenen Interessen wahrnehmen, und zugleich die Schritte jener Macht unterstützen, ihr Gewicht bei der von ihr beabsichtigten Mediation vermehren sollen. Eben darum überläßt er dieser Macht auch eine politische und militärische Oberleitung, ohne welche dieser Zweck nicht erreicht werden könnte. Die königl. Regierung muß um so größeres Gewicht darauf legen, daß über diese Auffassung kein Zweifel obwalte, als ihr nur dadurch die Stellung, welche sie als vermittelnde Macht einnehmen zu wollen erklärt hat, zu bewahren möglich gemacht wird. Wenn die bisher entwickelten Gründe von dem Standpunkt und dem Interesse des Bundes entnommen waren, so darf Preußen es sich und seinen Bundesgenossen nicht verhehlen, daß sein eigener Standpunkt ihm dieselbe Pflicht als eine gebieterische Nothwendigkeit auferlegt. Denn eben jene Stellung als vermittelnde Macht, welche eine freie und nach keiner Seite hin gebundene Aktion voraussetzt, würde sowohl den kriegführenden Parteien, als den übrigen Großmächten gegenüber, auf deren Mitwirkung zur Herstellung des Friedens es nicht verzichten darf, in dem Augenblicke unhaltbar werden, wo Preußen diese selbständige Aktion an den Bund abtreten wollte. Wir können uns aber nicht darüber täuschen, daß die Uebernahme eines vom Bunde übertragenen Oberbefehls über ein Bundesheer einer solchen Abtretung gleichkäme, und Preußen in eine Abhängigkeit brächte, die seine Stellung innerhalb der gemeinsamen europäischen Friedensbestrebungen wesentlich alterierte. Die königl. Regierung würde daher ihre eigenen Bemühungen um Erhaltung des Friedens statt gefördert, vielmehr nach allen Seiten hin gehemmt, vielleicht unmöglich gemacht finden. Sie würde sich dadurch selbst einer Aufgabe entziehen, welche sie gerade im Interesse Deutschlands als ihren natürlichen Beruf angesehen hat, und an deren Lösung schon jetzt zu zweifeln sie keine Veranlassung findet. Sie hat daher bei ihren Anträgen nicht aus den Augen verlieren dürfen und kann es nicht überflüssig erachten, auch ihren Bundesgenossen ins Gedächtnis zu rufen, daß es sich zunächst nicht von einem Kriege, sondern von einer Aufstellung handelt, welche Friedensbestrebungen unterstützen soll, und auf welche der Krieg zwar folgen könne, aus welcher er aber nicht mit Nothwendigkeit hervorgehen darf. Die Form unserer Anträge ist daher gleichmäßig darauf berechnet, dieser freien, vermittelnden, daher friedlichen Stellung Preußens keinen Eintrag zu thun, und für die Eventualität des Krieges die praktischen Bedingungen einer wirksamen Führung desselben vorzubereiten. Ich glaube nicht, daß nach dieser offenen Darlegung unserer Auffassung und der dieselbe begründenden Motive, welche ich vollständig zur Kenntniss der deutschen Bundesregierungen gebracht zu haben wünsche, sich irgend Jemand über den Sinn und Charakter unserer Anträge täuschen könne. Wir dürfen auf eine gleiche entgegenkommende Offenheit von unsern Verbündeten rechnen und können nur wünschen, daß dieselben ihre Gesandten in Frankfurt baldigt mit Instruktion in Bezug auf unsere Anträge versehen mögen. Ich erlaube Sie, diese Depesche vorzulesen und Abschrift derselben zurückzulassen, und sehe einem gefälligen Berichte über den Eindruck, den dieselbe gemacht, und die etwaigen Aeußerungen, zu welchen sie Anlaß gegeben haben dürfe, entgegen.

(gez.) Schleinitz.
Nachschrift. Vor Abgang obiger Circular-Depesche ging uns die Nachricht vom dem Antrage des Wiener Kabinet auf Aufstellung des Bundesheeres und Wahl des Oberfeldherrn auf Grund des §. 45 der Bundeskriegsverfassung zu. Wir müssen diesem Antrage gegenüber auf unsern vorstehend ausgeführten Anträgen und Motivirungen unserer Anträge am Bunde vom 25. Juni und 4. Juli stehen bleiben.

— [Landwehr und Demobilisirung.] In militärischen Kreisen wird das Verhältnis der Landwehr zur Linie jetzt wieder mit großer Lebhaftigkeit besprochen. Die schon früher beabsichtigten und namentlich von Sr. R. H. dem Prinz-Regenten seit einer Reihe von Jahren vertretenen Aenderungen in der Reorganisation der Landwehr haben sich bei der jüngsten Mobilmachung als eine unabwiesliche Nothwendigkeit herausgestellt. Wie wir hören, geht die Absicht dahin, die Dienstzeit zu verlängern, auch die Dauer des Reservestandes auszudehnen, und das gegenwärtige zweite Aufgebot in die Stelle des ersten treten zu lassen, so daß die Dienstklassen, welche gegenwärtig das erste Aufgebot der Landwehr ausmachen, zu dem Aktivstande der Armee gehören würden. Dies wenigstens giebt man als den wesentlichen Inhalt der Vorschläge an, welche jetzt der Berathung unterliegen. — Was die Demobilisirung betrifft, finden bis jetzt nur Beurteilungen in großer Ausdehnung statt, und namentlich ist Nichtkombattanten, besonders auch den für den Dienst bei den Feldlazarethen eingestellten Ärzten freigegeben, sich auf Urlaub aus ihren Standorten zu entfernen. Ob hieraus auf eine bald bevorstehende gänzliche Entlassung der Reservisten und der Landwehr zu schließen ist, mag dahin gestellt bleiben, jedenfalls werden als die französische Ostarmee in ihrer gegenwärtigen Stärke auf dem Kriegsfuß verbleibt. (B3.)

[Die französischen Rüstungen.] Die bisher über den Rhein gedungenen Nachrichten von der Ausdehnung und dem Aufschwunge der neuesten französischen Rüstungen sind zu spärlich, um sich daraus eine klare Uebersicht des Ganzen zusammenlegen zu können, allein es ist nach Allem nicht zu bezweifeln, daß Frankreich in einer Weise rüstet, um allen etwa eintretenden Eventualitäten gewachsen zu sein. In Tours ist nach sicheren Mittheilungen ein neues Linienregiment in der Bildung begriffen, welches die Nummer 118 führen soll, wonach man auf die Erhöhung des französischen Armeestandes von gegenwärtig 100, oder nach der neuesten, schon amtlich bekannt gewordenen Vermehrung von 102 Linienregimentern auf 120, d. h. auf einen Heereszuwachs von 80 Bataillonen schließen möchte. Weiter liegen noch ganz bestimmte Angaben vor, daß durch ganz Frankreich die Listen der ausgedienten Mannschaft vom 27. Lebensjahre, mit welchem bisher nach der französischen Wehrverfassung die Verpflichtung zum aktiven Dienst abließ, bis zum 32., nach anderen Nachrichten sogar bis zum 36. Lebensjahre ausbezogen und festgestellt worden sind, was wohl nur so gedeutet werden kann, daß Napoleon's Absicht dahin geht, für den Fall der Fortsetzung des Krieges, über worauf man bei diesem räuberischen Manne am Ende eben so gut gefaßt sein muß, für den Fall eines plötzlichen Ueberfallens von dem einen zu einem andern Kriegsplane, diese Veteranen statt, wie früher das Gerücht ging, der mobilen Nationalgarde, zur fernern Verstärkung des französischen Heeres einzuberufen. Andererseits kann unter der gegenwärtigen Gestaltung der Verhältnisse Preußen wohl kaum anders als mit Mißtrauen auf Oesterreich blicken, dessen Kriegsverfassung sich ebenfalls trotz der erlittenen Niederlagen immer noch auf einer Höhe befindet, um der preussischen Regierung die Herabsetzung der eignen Wehrkraft dringend zu widerrathen. (Magd. Z.)

Köln, 16. Juli. [Die Truppenaufstellungen.] Den Gehülfen Bachmann aus Berlin, die bekanntlich die Verproviantirung der am Rhein zusammengezogenen Truppen übernommen haben, ist auf eine Anfrage von Koblenz aus die Mittheilung geworden, daß bis auf weitere Ordre keine Aenderung in den Eilezungen eintrete und danach die Disposition zu treffen sei. Uebrigens sind die für die Köln-Mündener Eisenbahn angezeigten Truppenbeförderungen ausgefallen, und außer den einberufenen Mannschaften der Garnisonen Rheinlands und Westfalens hat sich die Anzahl der Militärs in den diesseitigen Provinzen um nichts vermehrt. Das für Köln und Umgegend bestimmte 7. Armeekorps ist zum größten Theil hier eingetroffen; auch kam vorgestern Mittag der (interimistisch) kommandirende General desselben, v. Schlegell, und der Stab hier an. (N. P. Z.)

Deutsch Kronen, 17. Juli. [Raubmörder.] In der Sitzung des Schwurgerichts am 11. d. wurden durch Verdict der Geschworenen der Richter Heinrich Gahrst aus Bromberg und der Handelsmann Wolf Lauter aus Stettin des Raubmordes an dem Kaufmann Johann Ludwig Obel aus Berlin, endlich die Ehefrau des Lauter, Rebecca, geb. Glaser, der Kenntniß des Mordvorhabens und unterlassener Anzeige desselben, so wie der Gehelei an den vom Raubmord herrührenden Sachen für schuldig erachtet. Der Gerichtshof verurtheilte die beiden Mörder zum Tode und die verurtheilte Lauter zu zehn Jahren Zuchthaus und gezwungener Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Raubmord war am 19. Juli 1858 auf der Chaussee zwischen Bromberg und Ratel begangen. (Sp. Z.)

Oesterreich, Wien, 16. Juli. [Die „Presse“ über den Friedensschluß.] In der „Presse“ findet sich bereits der Beginn einer von dem deutschen Geiz absehbenden, nüchternen und vorurtheilslosen Kritik des neuen Friedens. An den Satz der Napoleonischen Proklamirung, daß der Kampf „Proportionen zu nehmen anfang, welche nicht mehr im Einklange mit den Interessen Frankreichs in diesem furchtbaren Kriege standen“, anknüpfend, sagt das Blatt: „Die Welt hat Anfangs daran gezweifelt, daß Louis Napoleon die Linie werde einhalten können, welche seine konservativen Bestrebungen von der Revolution trennt, mit der er sich scheinbar verband, um sie auszubeuten. Aber das Kunststück ist auch diesmal im vergrößerten Maßstabe gelungen; der Kaiser der Franzosen hielt sein Wort; er blieb der Bundesgenosse Victor Emanuels, allein er weigerte sich, der Vollstrecker der Politik des Herrn v. Cavour zu sein. Die französischen Waffen eroberten die Lombardei, Piemont sollte dadurch vergrößert werden, aber ganz Italien unter den sardinischen Hut bringen, hieß dem Kampfe Verhältnisse geben, welche mit den Interessen Frankreichs nicht mehr im Einklange standen. Blicken wir auf die militärischen Ereignisse der letzten sechs Wochen zurück, so finden wir, daß dieselben einen dieser Politik genau entsprechenden Verlauf nahmen. Toscana, Parma, Modena wurden insurgirt, provisorische Regierungen eingesetzt, und die römischen Städte machten nacheinander ihre Pronunciamentos. Raum war die Schlacht bei Magenta gewonnen (der feindliche Zufall fügte, daß die sardinischen Waffen dort nicht mitkämpften), so wandte sich auch schon das Blatt. Die Revolution war ausgenützt und wurde sofort verkündigt. Die piemontesische Diktatur und die stattgehabten Einverleibungen wurden für bloß vorübergehende Maßregeln erklärt; die Neutralität des Kirchenstaates wurde von französischer Seite zum Axiom erhoben; General Goyon hielt Rom im Zaume; Oberst Schmitt beruhigte Perugia, die von außen herbeigerufene Bewegung wurde unterdrückt. Von diesem Augenblicke an sehen wir auch die zeitweilig verwendeten revolutionären Persönlichkeiten zurücktreten. Dem demokratischen Dichter Montanelli wird verboten, sich von Turin nach Florenz, seiner Vaterstadt zu begeben; Garibaldi und seine Schaaren treten mehr und mehr in den Hintergrund; der Republikaner Allog, der in Toscana ein Hülfskorps errichtet hatte, begehrt und erhält seine Entlassung, und der „rothe Prinz“ wurde mit seinem detachirten Korps auf ganz unerklärliche Weise ferngehalten. Nachdem die revolutionären Elemente auf diese Weise ausgeschieden waren, erfolgte die Schlacht bei Solferino, welche über das Schicksal der Lombardei entschied. Den großen Erfolg hatten wieder nur französische Waffen errungen; bei Magenta kämpften keine Piemontesen, bei Solferino wurden sie vernichtend geschlagen. Piemont war von diesem Augenblicke an darauf angewiesen, jeden Gebietszuwachs als Geschenk aus Frankreichs Händen zu empfangen. Seine militärischen Leistungen gaben ihm kein Recht, die Geschicke Italiens in die Hand zu nehmen und selbstständig zu handeln. Hätte Louis Napoleon die Italiener thatkräftiger, opferbereiter und vor allen Dingen militärisch tüchtiger befunden, so wären die Ereignisse wahrscheinlich weiter gegangen. Dies scheint man später auch im französischen Hauptquartier besorgt zu haben, und so begründete auch die Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien am 11. Juli weniger einen neuen Rechtszustand in Italien, als sie vielmehr die Erdrückung der ihr Haupt erhebenden

Revolution bezweckte. Die erwähnte Phrase aus der Proklamirung des Kaisers der Franzosen an seine Armee hat keinen andern Sinn. Es drohten sich in den italienischen Kampf Elemente einzumischen, die schwer zu bändigen gewesen wären und welche Frankreich schließlich gezwungen hätten, die Rolle des Befreiers mit der des Zuchtmeisters zu vertauschen. Mit dem Frieden wurde das bereits Gewonnene erhalten, und was die Hauptsache, Piemont mußte sich Frankreich völlig hingeben. Die neueste französische Proklamirung spricht von einem mächtigen Allirten, den die Vereiningung der Lombardei mit Piemont für Frankreich geschaffen habe. Bezieht sich das auf die militärischen Leistungen Sardinien's, so ist es beißende Ironie, von einem mächtigen Allirten zu reden; bezieht es sich aber auf Italien überhaupt, so ist es ein Euphemismus für die Thatsache, daß von nun an der französische Einfluß der allein maßgebende in Italien ist, und daß Piemont die Rolle des allezeit bereiten Dieners dieser französischen Suprematie zuziel. Das ist die Moral, die wir aus dem neuesten friedlichen Ereigniß ziehen. Von der vielgepriesenen Konföderation, welche in Italien geschaffen werden und die Italiener zum Erstenmale eine Nation werden lassen soll, dürfen wir noch oft zu sprechen Gelegenheit haben. Vorläufig ist Europa um eine Erfahrung und Italien um eine Läsion reicher, und wir fürchten, daß der Garten Europa's bald von jenen fürchterlichen Verwünschungen widerhallen wird, welche Karl VIII., der auch als Befreier gekommen war, auf seiner Heimkehr nach Frankreich folgten.“

[Die Folgen des Friedens.] Was ich unter dem ersten Eindrucke der Waffenstillstandsnachricht andeutete, ist schon mit der Schnelligkeit eingetroffen, welche die Ereignisse dieses Kampfes charakterisirt. „Unter dem Primat des Papstes“, da haben wir das Geheimniß der überraschenden Veröhnung; die entzweiten Söhne der alleinseligmachenden Kirche haben sich wiedergefunden, und sie reichen sich die Hände zum Kampfe gegen den legerischen Norden. Für den Augenblick faßt man auch hier die Sache so auf, man glaubt an die Wiederaufnahme und Zuendeführung des vor 2 Jahrhunderten verlagten Kampfes zwischen Autorität und Freiheit, Romanismus und Germanismus, und auf welcher Seite die Sympathien der Bevölkerung stehen, braucht nicht gesagt zu werden. Aber wohlgeachtet: für den Augenblick! Schon scheint die Parole ausgegeben zu sein, die abhängigen Blätter eröffnen ihren Feldzug gegen das „perfide Preußen“, die öffentliche Meinung, welche nicht weiß, wem die Last aufladen, die sie drückt, wird nach kurzer Bearbeitung den Prügelknaben acceptiren, und sich ebenso in den Preußenhass hineinbegeben lassen, wie seit sechs Monaten in den Franzosenhass. Wir machen uns hier mit dem Gedanken vertraut, den „Mann des zweiten Dezembers“, den großen Verführer,“ abgesehen von den anderen Ehrentiteln, die ihm unsere Presse während des Krieges beigelegt hat, als unsern erhabenen Allirten in Wien einziehen und die größten Schreier in Bewunderung des Bonapartismus sich berauschen zu sehen. Erinnern doch hiesige Blätter ganz harmlos an Campo Formio und Tilfit, und die hohe Censur hat nichts dagegen einzuwenden, während die hohe Censur im Uebrigen gewiß nicht laß ist. Nicht hier, aber in vielen Provinzstädten ist der hübsche Gebrauch eingerissen, aus auswärtigen Blättern die Stellen, welche der Polizei anstößig erscheinen, herauszuschneiden. In Rußland schwärzt man doch nur die verpönten Stellen selbst an, und schon wenigstens die unschuldige Rückseite. (N. Z.)

[Unzufriedenheit der Italiener.] Man fürchtet allerdings keine Wiederaufnahme des Krieges, doch eine endlose Reihe die Sicherheit des Friedens bedrohender Zwischenfälle. Die revolutionäre Partei in Italien, man darf sich daraus kein Hehl machen, ist durch das Abkommen von Villafranca in keiner Art befriedigt, Sardinien selbst sieht so wenig seinen Ehrgeiz als seine Vergrößerungslust gesättigt. Es läßt sich erwarten, daß es den Bund mit der Revolution, dem es seine gegenwärtige Stellung verdankt, nicht aufgeben, sondern zur Erzielung weiterer Erfolge pflegen wird. Auch Venetien den Händen Oesterreichs zu entwinden, wird die nächste Aufgabe der Revolutionspartei bleiben, und die Raschheit, mit der es gelungen ist, Oesterreich um die Lombardei zu bringen, wird ein desto stärkerer Sporn sein, es auch mit dem Ueberrest des österreichischen Besitzes in Italien zu versuchen. Man sieht aus diesen Elementen neuer Wirren schon für die nächste Zeit Verwickelungen sich entspinnen, und das ist eine Aussicht, die wohl geeignet ist, Spekulationslust und Unternehmungsgeist zu zügeln und einzulegen. Allen Anschein nach denkt man eben so in Paris, auch dort wirft der „Friede“ offenbar schon seine düstern Schatten auf Gegenwart und Zukunft.

[Verluste und Truppenstärke.] Moutarde apres diner! Eine Nachtschlopemilch der „Wiener Zeitung“ gegen den „Moniteur“ fehlt gerade noch, um die Verstimmung zu erhöhen. Wenn dergleichen Dinge gebracht werden müssen, so thäte man besser, sie den militärischen Fachjournalen zu überlassen oder sie bis dahin zu vertagen, wo der Rückblick auf die eben beschlossene Vergangenheit nicht mehr in noch blutende Wunden dringt. Das offizielle Blatt sagt, der „Moniteur“ bringe Angaben über den Tag von Solferino, die mit den diesseitigen amtlichen Erhebungen nicht übereinstimmen. Nicht vier Fahnen, wie der fransto-sardinische Bericht angebe, sondern nur eine Fahne sei verloren gegangen, der Feind habe Fahnenfutterale von Wachsleinwand auf dem Schlachtfelde gefunden, und diese gebe er jetzt für Fahnen aus, während er seine Adler zum größten Theile nicht mit in das Feuer nehme und daher nicht viele verlieren könne. Der Gesamtverlust an Geschützen sei 13 Stück, wovon sechs ganz demontirt waren. Der Gesamtverlust an Offizieren und Mannschaften bestand in vier Generalen, wovon 3 bereits wieder dienstfähig, 630 Offizieren, 19,311 Mann und 831 Pferden. Der vom „Moniteur“ eingeständene Verlust der fransto-sardinischen Armee besteht in 8 Generalen, wovon 6 ihren Wunden erlegen sind, 936 Offizieren und 17,305 Mann. Die Stärke der am Kampfe theilgenommenen Truppen wird wie folgt angegeben: die französische Armee 120,000 Mann, die sardinische 60,000 Mann, zusammen 180,000 Mann. Von österreichischer Seite betrug der Stand der ins Gefecht gebrachten Truppen 140,000 Mann. Man darf diesen Angaben Glauben schenken; ich kenne die Art, wie sie festgestellt sind, und darf versichern, daß nichts beschönigt und verschwiegen, daß Alles offen dargelegt ist. Allein alles das beweist nur, auf wie gutem Grunde die Anlagen ruhen, welche gegen diejenigen erhoben werden, die Oesterreichs Ehre zu wahren hatten und die Rücksichten auf sie den Interessen politischer Eifersucht weichen ließen. Möge Publizistik,

und Sophistik in Bemäntelungen und Beschönigungen wetteifern, dem patriotischen Sinne der Völker wird es niemals klar zu machen sein, daß die Gefahren, denen man in Deutschland begegnen zu müssen glaubte, groß genug waren, um die eiserne Krone als Preis eines vortheilhaften, unüberlegt beschlossenen Friedens von sich zu werfen und sie dem verhassten Feinde der österreichischen Herrschaft in Italien auf das Haupt zu setzen. Auch das kaiserliche Manifest beklagt die Laune der „natürlichen Bundesgenossen“, es wird ihm aber schwer gelingen, die Völker, an die es gerichtet ist, zu überzeugen, daß der Friede, welchen der Kaiser heimbringt, den Opfern entspricht, welche Volk und Land mit beispielloser Willigkeit gebracht hat. (Bö. Z.)

Prag, 16. Juli. [Italienisches Regiment; Gefangene.] Das hier garnisirende italienische Regiment, welches seinen Werbebezirk in der Lombardei hat, wird in den nächsten Tagen seines, Oesterreich geleisteten Eides entbunden und in seine Heimath entlassen werden. — In der verfloffenen Woche langte in Pardubitz abermals eine Anzahl Gefangener aus dem Civilstande an, um von dort weiter nach der Festung Josephstadt befördert zu werden. Die meisten dieser Abtheilung gehörten den unteren Klassen an und einige waren der Sicherheit wegen gefesselt. Sie befanden sich unter Bedeckung. Um den Gefangenen, die nach Josephstadt gebracht worden, jeden erforderlichen Komfort zu verschaffen und um überhaupt dafür zu sorgen, daß ihnen nichts abgehe, haben sich von Seite der Landesregierung mehrere hochgestellte Personen nach der genannten Festung begeben. Hier befinden sich bereits mehrere sardinische und französische Offiziere, welche auf Ehrenwort, die Stadt nicht ohne Erlaubniß zu verlassen, Prag zu ihrem freien Aufenthaltsorte wählen durften.

Bayern. München, 15. Juli. [Landtag.] Beide Kammern waren heute versammelt. Die Kammer der Reichsräthe wählte unter dem Vorstehe ihres ersten Präsidenten, Freih. v. Stauffenberg, abermals den Grafen Karl v. Seinsheim zu ihrem zweiten Präsidenten. — Die Kammer der Abgeordneten hat heute Vormittag ihre Einweihungskommission gebildet und heute Nachmittag nach Erledigung einer Legitimations-Anscheidung ihre Präsidenten gewählt. Graf v. Hegnenberg-Dun wurde abermals zum ersten und ebenso Dr. Weiss zum zweiten Präsidenten mit Einstimmigkeit gewählt.

Württemberg. Ulm, 15. Juli. [Militärisches.] Gestern Abend langten 180 Mann österreichische Husaren vom Regiment König von Württemberg mit einem bayrischen Zug auf hiesigem Bahnhof an. Es ist hiermit das Kontingent des österreichischen Theils der Kriegsbefugung der Bundesfestung vollständig. Bayrische Truppen werden übrigens noch mehr erwartet. Zwischen Augsburg und Ulm soll in den nächsten Tagen, wenn der Frieden nicht andere Bestimmungen veranlaßt, ein bayrisches Korps unter unmittelbarem Befehl des Prinzen Karl von Bayern aufgestellt werden. (St. f. W.)

Frankfurt a. M., 16. Juli. [Die Bundeskriegsverfassung.] Während der langjährigen Diskussion über die Bundesverfassung hat die Bundeskriegsverfassung immer noch das meiste Lob geerntet, vielleicht weil man sie an den Maßstab der frühern Reichskriegsverfassung anlegte. Im Uebrigen hat die Erfahrung wiederholt gelehrt, daß sie zu einem ersten Kriege gegen einen einheitlichen, mächtigen Feind nicht genügt, und dies Bewußtsein hat zu den verschiedenen Reformen geführt, welche allemal in äußeren, glücklicherweise nie zur That gediehenen Kriegsdrohungen den entscheidenden Anstoß fanden. Erst von 1830 an wurden eine Menge Verhältnisse zwischen den Staaten der gemischten Armeekorps und der Reserve-Infanteriedivision, welche seit 1816 in der Schwabe gewesen waren, geordnet; erst von 1840 an kam die hochwichtige Angelegenheit der Festungen am Oberrhein zum Austrage, und wurde die nützliche gegenseitige Inspektion der Bundeskontingente eingeführt, welcher indeß die Souveränität der Bundesglieder die Spitze abbricht. Erst der Staatsstreich vom 2. Dez. 1851 und das zweite Kaiserreich brachte mit der Erhöhung des Bundesheeres um 50,000 Mann die Kriegsbefugung der zwei neuen Festungen, welche andernfalls dem notwendigen Bestand der betreffenden Staaten hätte entnommen werden müssen. Es wurde damals die Revision der Bundeskriegsverfassung angeordnet, welche uners Wissen noch nicht vollendet ist. (Die fünf ersten Abschnitte der Kriegsverfassung sind durch Bundesbeschluß vom 4. Jan. und 15. Nov. 1855 revidirt worden, während die fünf letzten Abschnitte der Kriegsverfassung vom 11. Juni 1852 noch jetzt in Wirksamkeit sind. Zöpfl's Staatsrecht S. 494 u. f.)

[Der österreichische Antrag.] Die „N. Z.“ theilt die Motivirung des österreichischen Antrages vom 7. d. mit, die den Zweck dieses Antrages hell ins Licht stellt. Dieselbe lautet:

Die k. k. Regierung hat in Erfüllung einer für sie aus den obersten Bundeszwecken entspringenden Pflicht und in Bethätigung ihres hohen Vertrauens zu den Regierungen Deutschlands bereits am 2. Mai d. Z. der hohen Bundesversammlung eingehende Mittheilung über die auf den zwischen Oesterreich einerseits, Frankreich und Sardinien andererseits damals ausgebrochene Krieg eingetragenen Umstände gemacht. Bekanntlich haben seitdem die kriegerischen und politischen Ereignisse in Italien an bedrohlicher Ausdehnung zugenommen. Der kaiserliche Hof hat seit Beginn der gegenwärtigen ernsten Verwickelungen die Anbahnung einer vollen und aufrichtigen Kriegsgemeinschaft zwischen Oesterreich, Preußen und dem deutschen Bunde gewünscht, daher auch allen Anträgen, welche dahin führen konnten, freudig zugestimmt. Auf Antrag der königlich preussischen Regierung wurde am 2. d. M. zum Zwecke der Sicherung Deutschlands und seiner Interessen die Zusammenziehung eines Operationskorps am Oberrhein aus den Kontingenten des 7. und 8. Bundeskorps im planmäßigen Zusammenhange mit der von der königlich preussischen Armee beabsichtigten Aufstellung beschlossen, wozu, in so weit sie auch am Mittelrhein auf außerpreussischem Bundesgebiete erfolgen sollte, die hohe Bundesversammlung gleichzeitig ihre Zustimmung erteilte. Die von der königlich preussischen Regierung in der außerordentlichen Sitzung vom 4. d. M. gestellten Anträge schließen thatsächlich die Mobilisirung des gesamten Bundesheeres in sich. Die kaiserliche Regierung hält demnach den Augenblick dafür geeignet, daß diese Mobilisirung ausgeprochen und auf Grund der Bundeskriegsverfassung zur Wahl des Oberfeldherrn geschritten werde. Se. Majestät der Kaiser, des Befehlenden allergnädigster Herr, werden vertrauensvoll diese Wahl auf Se. Königl. Hoheit den Prinzen-Regenten von Preußen gelenkt sehen. Der kaiserliche Gesandte ist daher mit Beziehung auf die letztgenannten Anträge der königlich preussischen Regierung beauftragt, zu beantragen u. s. w. (Folgt der schon bekannte Antrag.)

Die bedeutendsten Punkte aus dieser Motivirung sind folgende: Eingestandenemassen ist Oesterreichs Absicht gewesen, eine „volle und aufrichtige Kriegsgemeinschaft“ zwischen sich und dem deutschen Bunde, Preußen eingeschlossen, herzustellen. Preußen dagegen wollte selbständige Aktion für sich und Deutschland, Herstellung, Vermittlung des Friedens zwischen den beiden kriegführenden

Großmächten und erst im Nothfalle die „Kriegsgemeinschaft“ mit Oesterreich, und auch diese nur (das hielt man in Berlin wenigstens für durchführbar) bis zu den selbstgesteckten Grenzen. Ferner: Oesterreich gesteht zu, daß die preussischen Anträge vom 4. die Mobilisirung des gesamten Bundesheeres „thatsächlich“ in sich schließen; daß die preussische Mobilmachung dem Bundesheere außer dem noch drei weitere preussische Armeekorps zuführt, ist ebenfalls eine Thatsache, die nicht zu läugnen steht. Der Sache nach also ging das, was Preußen zum Schutze Deutschlands wollte, sogar weit über das hinaus, was Oesterreich am 7. beantragte. Weshalb nun formell die Bundes-Mobilmachung aussprechen, die weniger leistungsfähig, als Preußen wollte, ist nicht abzusehen; das österreichische „demnach“ sei „der Augenblick geeignet“, ist sehr wunderbar. Den Punkt endlich, worauf es ankommt, den Rechtspunkt, daß für den Bund ein Kriegsfall, ein Vertheidigungskrieg, wie er allein dem Bunde zusteht, gar nicht vorlag, den übergeht die österreichische Motivirung. Und eben so den politischen Kernpunkt, daß mit der Ober-Regierung des Regenten von Preußen die politische Leitung der ganzen Sache von dem Regenten als solchem, von dem Staate Preußen übergegangen wäre auf die militärischen „Urwälter“ Sr. K. H. des Bundesfeldherrn, auf die Bundesversammlung, die nicht nur in ihrer Majorität österreichisch gesinnt ist, sondern in der auch Oesterreich selbst, das kriegsführende Oesterreich, Sitz und Vorort hat; Preußen wäre also durch die Bundesfeldherrnhaft an Kopf und Hand, an Rath und That, an Politik und Heer gebunden Oesterreich überliefert worden, und die angebante volle und aufrichtige Kriegsgemeinschaft mit Oesterreich für Preußen und Deutschland in der gelungensten Weise erreicht gewesen. Daß dies nun mit der von Preußen immer auf das Bündnigste proklamirten, niemals verläugneten Forderung selbständiger Politik und freier Vermittlung identisch gewesen wäre, dafür einen Nordtonschen Beweis zu lesen, müßte allerdings interessant sein.

Großbritannien und Irland.

London, 15. Juli. [Besürchtungen.] Der Eindruck, den die Nachricht von dem unerwarteten Friedensschlusse hier gemacht hat, ist ein drückender. Ich war vorgestern Abends zufällig selbst im Unterhause und hatte Gelegenheit, Vieles zu hören, was eben nicht öffentlich gesprochen wurde. Ich war später in einer Gesellschaft, die von vielen der bedeutendsten Mitglieder der Tagespresse besucht wird. Ueberall dieselben Besürchtungen, dieselben Gefühle einer Gefahr, die von Frankreich drohe, und gegen die sich England waffnen müsse. Auch Preußen, darüber sind die Meisten einig. Diese rasche Kaiserverständigung bringe dem Protestantismus und Konstitutionalismus Europa's früher oder später bittere Früchte. Preußen und England müßten bei einander stehen mit Gut und Blut. An Vorwänden zum Streit werde es einem Napoleon nicht fehlen; eine größere Gespanntheit gegen Preußen sei kaum zu vermeiden; die Wiener Presse werde den Verlust der Lombardie auf Preußens Konto setzen, so wenig diese Buchung auch berechtigt sei; man werde sich rächen wollen für selbstverschuldeten Unglück; die Intrigue werde in Deutschland, in der Türkei, in Egypten mit Hilfe Oesterreichs, Frankreichs und Russlands eine Thätigkeit, wie nie früher entfalten, und schließlich werde das Ungewitter losbrechen. Wo? wann? in welcher Form? das freilich weiß Niemand. Indes Konsole steigen, und die Blätter sprechen ihre Besriedigung über das Ende der großen Schlacht aus. (R. Z.)

— [Der Friede von Villafranca] bildet noch immer den Hauptgegenstand der Besprechung in den Journalen. Aus Anlaß der an sein Heer gerichteten Proclamation Louis Napoleon's bemerkt heute die „Times“: „Der Kaiser Napoleon hat seinem Heere die Gründe anvertraut, welche ihn bewogen, Oesterreich den so eben geschlossenen Frieden zu gewähren. Es ist das ein Schriftstück, welches man wiederholt lesen muß, und das fortwährend zu neuen Konjekturen auffordert. Der Hauptzweck des Krieges war, wie es scheint, der, Italien zu einer Nation zu machen, und dieser Hauptzweck, so scheint es gleichfalls, ist erreicht worden. „Zwar, sagt Louis Napoleon (es fällt einem dabei der Spruch: Qui s'exécuse s'accuse, ein), bleibt Venetien unter Oesterreichs Scepter“, aber er legt hinterher auseinander, daß es mit dieser Ausnahme nichts auf sich habe, da Venetien eine italienische Provinz bleiben und einen Theil des italienischen Bundes bilden werde. Wir gestehen, daß wir dem Kaiser in Bezug auf seine Erklärung nicht zu folgen vermögen. Daß Venetien italienisch bleiben wird, können wir sehr wohl begreifen; schwieriger wäre es uns, zu begreifen, wie es böhmisches oder ungarisches werden könnte; wie aber dieser Umstand das Verbleiben Venetiens im Besitze Oesterreichs weniger wichtig machen könnte, vermögen wir nicht einzusehen. Es ist das eine jener logischen Folgerungen, welche Niemand, als ein an der Spitze vieler Regionen stehender Kaiser effectvoll aussprechen kann. Dem gewöhnlichen Menschen Verstande könnte es scheinen, daß der Besitz Venetiens Oesterreich ein Recht, sich in die Politik von ganz Italien zu mischen, verleihe, welches es früher nie besessen. Oesterreich, eine große Militärmonarchie, ist durch diesen Besitz Mitglied eines Bundes, welcher aus ihm und ein paar unbedeutenden und unkriegertischen Staaten besteht. Wer wird in diesem Bunde Einfluß ausüben, und wer wird gehorchen? Oesterreich hat Recht, wenn es damit prahlt, daß es ihm nichts verschlägt, wohin sich das Glück der Waffen wendet. Gleichviel, ob es Schlage bekommt oder siegt, stets trägt es den Kampfpfeil davon. Das, was früher seine beschränkten Grenzen hatte, soll jetzt allgemeine Geltung haben, und das, was früher ein Uebergang war, wird jetzt zum Recht. Wir haben nichts zu sagen, wenn man dem französischen Heere verkündigt, die Vereinigung der Lombardie mit Piemont schaffe Frankreich einen mächtigen Bundesgenossen. Das ist ohne Zweifel wahr. Aber Frankreich hat einen fürchterlichen Preis für dieses Bündniß bezahlt, und die Unabhängigkeit der Lombardie ist nicht jene Unabhängigkeit, nach welcher die Lombarden lechzen.

— [Die Presse über den Friedensschluß.] Die „Morning Post“ meint, England müsse die Räumung Italiens von allen fremden Truppen auf immerwiederkehrend verlangen und zugleich zu bewirken suchen, daß Oesterreich einen möglichst geringen Einfluß auf die italienischen Angelegenheiten ausübe. — Die „Morning Post“ bringt einen Brief aus Paris, wonach dort der Friedensvertrag allgemeines Mißvergnügen erzeuge. Die Proclamation des Kaisers sei an vielen Orten von der Mauer herab gerissen worden. Der Korrespondent selber, ein glühender Bonapartist, beklagt den Vertrag von Villafranca als „den einen großen und verhängnisvollen Fehler in L. Napoleon's Lebenslauf“. „Unerwartet genug“ erklärt er diesen „unglücklichen Schritt“ des Kaisers Napoleon damit, daß er das Opfer vielfacher Intrigue sei und in eine perfide Falle (trap) ging! Der ritterliche, arglos freimüthige, unerfahrene Jüngling Napoleon? —

Der „Advertiser“ deutet die für Victor Emanuel so beleidigende Stelle im Manifeste des Kaisers, worin es heißt, daß „Sardinien um seine Unabhängigkeit verhandelt“, dahin, daß Sardinien thatsächlich eine Provinz Frankreichs und sein König der gehorhamte Diener Louis Napoleon's werden soll. Es wäre kein Wunder, wenn Victor Emanuel das Stünd Lombardie, das der Kaiser ihm wie einem Hunde einen Knochen zuwirft, mit Verachtung ausschläge. Ferner scheint es, als ob Louis Napoleon die Entlassung Cavour's verlangt hätte, da dieser Minister wegen seiner konstitutionellen Gesinnungen den künftigen Plänen des Kaisers hinderlich werden könnte.

London, 16. Juli. [Parlament.] In der gestrigen Oberhaus-Sitzung erfuhr Lord Granville den Earl von Malmesbury, seinen die Angelegenheiten Nord-Italiens betreffenden Antrag nicht einzubringen, da eine Diskussion des Gegenstandes im gegenwärtigen Augenblick ungelegen sein würde. Er bittet ferner Lord Normanby, seine Bemerkungen zu machen, die geeignet seien, eine Debatte hervorzurufen. Dabei erklärte er jedoch, er habe nichts dagegen, die Depeche, deren Vorlegung Lord Normanby verlangte, vorzulegen. Lord Malmesbury erklärte sich bereit, seinen Antrag zu verlagern. Trotzdem kam er nicht umhin, dem Benehmen der Herzogin von Parma, das allgemeine Bewunderung erregt habe, den Tribut seiner Hochachtung zu zahlen. Es würde meinet, ein schlechtes Beispiel für die öffentliche Moral sein, wenn die Herzogin nicht wieder als Herrscherin von Parma eingesetzt würde. Er sei im Stande, alle Behauptungen des Grafen Cavour, eine nach der andern, zu widerlegen; doch wolle er dies jetzt nicht thun, da er den Augenblick nicht für geeignet halte. Er hoffe, das Parlament werde nicht aus einander gehen, ohne daß dem Hause die Gelegenheit geboten worden sei, seine Ansicht über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten auszudrücken, und die Ansichten der Regierung in Bezug darauf, wie England sich dem Friedensschlusse gegenüber zu verhalten habe, zu erfahren. Der Marquis von Normanby erklärte, er sei bereit, dem Verlangen Lord Granville's zu willfahren. Lord Granville dankt der Opposition für die von ihr beobachtete Haltung. Er äußert, es liege keineswegs in der Absicht der Regierung, einer Diskussion über die auswärtigen Angelegenheiten aus dem Wege zu gehen. Doch könne es Fälle geben, wie eben den gegenwärtigen, wo das Haus wegen Mangels an genügender Sachkenntnis nicht zu einem richtigen Schlusse zu gelangen vermöge. Lord Clanricarde erhebt Beschwerde gegen das Schweigsystem, welches in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten beobachtet werde. Lord Brougham: Wenn mir gegenüberstehender edler Freund (Lord Granville) hat uns gesagt, die Regierung wisse durchaus nichts von den Umständen, die zu dem Frieden und seinen Bedingungen geführt haben. Es zeigt sich ferner, daß es mit den Ministern des Kaisers der Franzosen und des Kaisers von Oesterreich eben so steht. Alle diese drei Ministergruppen sind in gleicher Weise unwissend in Bezug auf Bedingungen und Beiden des Friedens. Die beiden Souveräne machen die Sache unter sich allein ab, ohne ihre Minister zu fragen. Es ist das eine Höhe, ich darf nicht sagen, des Despotismus, denn harte Ausdrücke sind wohl verpönt, aber der unbegrenzten Monarchie, wie man sie in Frankreich nie zuvor gekannt hat, es müßte denn während der kurzen Periode des ersten Kaiserreichs gewesen sein. Aber selbst damals fand mehr Rücksicht auf die Minister statt, als wie sich gezeigt, jetzt der Fall ist. Ich höre, Graf Walewski, der französische Minister des Auswärtigen, habe die erste und einzige Nachricht von dem Frieden durch Ihre Majestät die Kaiserin erhalten, welche durch eine Depeche ihres kaiserlichen Gemahls Kunde davon erhalten hatte. Es ist eine höchst traurige Erscheinung, daß das Schicksal Europa's, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden von Herrschern abhängt, die eine solche unbegrenzte Macht genießen, daß sie nicht nur vollständig frei sind von dem Einflusse eines Parlaments, der Presse und der öffentlichen Diskussion, sondern selbst von jenem gemäßigten Einflusse, den Minister ausüben. Die Folge davon ist, daß wir keinen Augenblick eine Bürgschaft für die Fortdauer des Friedens und den Bestand der Verträge haben. Alles hängt, ich will nicht sagen, von der Laune (denn in so hohen Regionen kann von Launen wohl nicht die Rede sein), aber von der Willkür eines einzigen Individuums ab. So ist es in Rußland, in Frankreich und in Oesterreich, und vermuthlich auch in Sardinien, wofern man in letzterem Lande nicht die Verfassung wieder herstellt, welche bei Beginn des schmachwürdigen Krieges, denn anders kann ich ihn nicht nennen, suspendirt wurde, eines Krieges, der unter falschen Vorwänden angefangen wurde, deren Verheißungen sämmtlich durch den Erfolg getäuscht worden sind. (Hört!) Da wir, Gott sei Dank, mit dem Kriege nichts zu thun hatten, so haben wir auch, Gott sei Dank, nichts mit dem Frieden zu thun, und ich gratulire meinen edlen Freunden, daß sie durchaus frei von aller Verantwortlichkeit für dieses jonderbare (extraordinary) Abkommen sind, welches jetzt die Welt in Staunen setzt. (Beifall.) Der Earl von Derby: Ich meinte, als Frankreich sich in den Krieg einließ, es habe das als Bundesgenosse Sardinien, als Sekundant (subsidiary), nicht als Hauptkämpfer (principal) gethan. (Hört, hört!) Ich möchte daher meinen edlen Freund wohl fragen, ob er zugleich mit der Nachricht von dem Abschlusse eines Friedens zwischen Oesterreich und Frankreich irgend welche Kunde davon erhalten hat, ob Friede zwischen Oesterreich und Sardinien geschlossen worden ist. (Weiterlekt.) Lord Granville: Bis jetzt bestränkt sich alles, was wir wissen, darauf, daß zwischen den Kaisern von Oesterreich und Frankreich eine Konvention aufgesetzt (drawn up) worden ist, deren Bestimmungen wir nicht kennen, und daß dieser Konvention ein Friedensvertrag folgen soll. Mehr vermag ich nicht zu sagen. Der Marquis von Normanby beantragt die Vorlegung der Depeche Lord John Russell's an Sir James Hudson über die Einverleibung der mittel-italienischen Herzogthümer in Piemont. Er, so wie der Herzog von Rutland und Lord Stratford fallen partei Mtheile über den Grafen Cavour. Der Antrag des Marquis von Normanby wird angenommen.

Im Unterhause bemerkt Lord John Russell, als Antwort auf eine Frage Lord W. Graham's: Die englische Regierung habe keine authentische Mittheilung über außerordentliche Rüstungen in Breß oder Cherbourg erhalten und habe es deßhalb nicht für nöthig erachtet, Erklärungen darüber von der französischen Regierung zu verlangen. Ferner bemerkt er, eine Frage Horsemans beantwortend, der Regierung sei nichts über die Bedingungen des zwischen Frankreich und Oesterreich abgeschlossenen Friedens mitgetheilt worden; er habe Lord Cowley angewiesen, genaue Auskunft zu begehren. Die Antwort aber werde nicht eher eintreffen können, als bis die Rückkehr des Kaisers der Franzosen nach Paris, erfolgt sei. Lord Elcho zieht den von ihm angekündigten, die italienische Frage betreffenden Antrag zurück und kann es bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, einige beizuhende Bemerkungen über seine beiden edlen Freunde, Lord J. Russell und Lord Palmerston, zu machen, die jetzt doch einsehen, müßten, daß sie sich fürchtbar hätten überß Dür haben lassen (most horribly sold). Fitzgerald bemerkt, wenn auch Lord Elcho nicht geradezu genöthigt gewesen sei, seinen Antrag zurückzugeben, so würde doch dessen Diskussion der Regierung und namentlich Lord Palmerston sehr ungelogen gekommen sein. Dem Ministerium macht er den Vorwurf, daß es keine eigene auswärtige Politik verfolge. Lord J. Russell zollt der vorigen Regierung die Anerkennung, daß sie sich nach Kräften bestrebt habe, die Beiden des Krieges abzuwenden. Doch sei die jetzige Regierung allerdings in Bezug auf einzelne Punkte der Ansicht, daß ihre Vorgänger durch Einschlagen eines anderen Verfahrens besser für die Erhaltung des Friedens gewirkt haben würden. Er trene sich sehr darüber, daß der Friede hergestellt sei. Die Frage, ob England sich an einem etwaigen Kongresse betheiligen werde, sei äußerst wichtig. Seine neutrale und unparteiische Stellung werde England beibehalten müssen. Leider scheine sich die früher von ihm ausgesprochene Ansicht, daß der Zug des Kaisers der Franzosen nach Italien voraussichtlich nichts zur Konsolidirung der italienischen Freiheit beitragen werde, zu bestätigen. Englands Pflicht sei es jetzt, den Gang der Ereignisse fest im Auge zu halten. Einzig und allein von der Rücksicht auf die Ehre, Würde und Freiheit Englands werde sich die Regierung leiten lassen. Im Subsidien-Komitee werden hierauf verschiedene Positionen des Heer-Budgets votirt.

Frankreich.

Paris, 16. Juli. [Friedensschluß und Kongreß.] Die Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien ist der Anfang einer neuen Krisis in der italienischen Frage. Darüber kann jetzt kein Zweifel mehr obwalten. Die ganze apenninische Halbinsel steht am Vorabend einer allgemeinen Rundgebung gegen die napoleonischen Ideen. Die liberale Partei, die konstitutionell monarchische, ist tief betriibt, während die mazzinistischen Pessimisten jubeln. Unter diesen Verhältnissen verheißt eine konstituierende Versammlung von Abgeordneten der italienischen Staaten zur Bildung der Konföderation immer weniger Erfolg und wird der Zusammentritt eines europäischen Kongresses unerklärlicher. Hier wird man sich dem Vernehmen nach nicht ungern dazu verstehen, doch wird auf das Bestimmteste versichert, der Kaiser von Oesterreich weigere sich jetzt wie früher mit Sardinien am grünen Tische zu sitzen. Der „Indepen-

dance“ wird von hier geschrieben: Die Nothwendigkeit eines Kongresses scheint durch die Macht aller Verhältnisse, wie dieselben in Italien zu Tage treten, geboten. Bis jetzt wurde in unfern Heeren zu Wasser und zu Lande noch keine Entwaffnungs-Maßregel verfügt. Daß der Rücktritt Cavour's sowohl wie die Ernennung des Grafen Arce zu dessen Nachfolger schon seit sechs Wochen bei dem Kaiser Napoleon beschlossene Sache war, erhellt aus der Mittheilung der „Independance“. Beim Einzuge der Franzosen in Mailand verweigerte der Kaiser seine Zustimmung zur Ernennung Rattazzi's für den Posten eines Statthalters der Lombardie. Graf Cavour schlug nun den Grafen Arce vor; doch Napoleon entgegnete, er habe andere Absichten mit demselben; er sah voraus, daß der Graf Arce ihm sehr nützlich werde, sobald Cavour zurücktrete. Leider sind die Köpfe bereits so erhitzt, daß der neue Minister nur mit Mühe ein Kabinett zusammenbringen wird, das Aussicht auf Unterstüßung der Kammern hat. — Wie dem „Nord“ von hier geschrieben wird, sollen vorläufig 40.000 Mann Franzosen zur Erhaltung der Ruhe in Italien auf eine gewisse Zeit bleiben. Die beiden Kaiser“ wird demselben Blatte gemeldet, haben in Villafranca Präliminarien zum Frieden, die den bereits von beiden Mächten bekannt gemachten entsprechen, unterzeichnet; die Redaktion dieser Präliminarien jedoch soll, wie versichert wird, zwischen Oesterreich und Frankreich in Zürich gemacht und unterzeichnet werden. Dieser erste Friedens-Akt wird dann sofort den Unterzeichnern der Verträge von 1815 zugestimmt und dadurch Europa in Stand gesetzt werden, über die besten Mittel und Wege zur Reorganisation der Halbinsel sein Gutachten zu ertheilen, und durch die Zustimmung der Mächte erfolge dann der Eintritt der italienischen Konföderation in's europäische Völkerrecht.

[Die Lage nach dem Frieden.] Die unerwartete Friedensbotschaft scheint auch in Paris vielfache Bedenken hervorgerufen zu haben. Ueber die Auffassung derselben schreibt ein Korrespondent der „N. Z.“ unter Anderm: Augenscheinlich wollte das Wiener Kabinett lieber der französischen Regierung seine Konzeptionen machen, um einen starken Allierten zu gewinnen, als in Deutschland Opfer bringen, welche eine Aenderung seines innern Verfassungslebens bedingt hätten, ohne ihm den Besitz Italiens zu gewährleisten. Franz Joseph giebt ein Stück Italien für Deutschland hin, und opfert Deutschland, um Venetien zu retten. Wie die Sachen heute stehen, hat Preußen nichts Besseres, nichts Dringenderes zu thun, als den deutschen Patriotismus durch eine dauernd liberale Politik in der wahren Richtung zu stählen und das deutsche Volk rasch zur militärischen Einheit zu konstituieren. Die Gefahr ist so nahe, daß sie nicht nur in England erblickt und diskutiert wird; ja sie wird auch hier von einem gewissen Publikum ermogt, welches trotz alles ihm in die Augen gestreuten Sandes noch täglich seinenen Abscheu gegen europäische Kriege und Rheingrenzgelüste ausspricht. Die ruhigen Leute sehen in dem eben beendigten Kriege kaum ein anderes Resultat, als die Verdoppelung aller europäischen Armeen. Vor wenigen Tagen noch schien eine orleanistische Zukunft für Frankreich zu den Unmöglichkeiten zu gehören, zumal die Häupter der Orleanspartei sich längere Zeit sehr ungeschickt für europäische Koalition und fremde Intervention ausgesprochen hatten; nach den 101 Schüssen vom 12. d. sollte es mich nicht sehr wundern, wenn die Bourgeoisie demnächst wieder ihre Blicke nach dieser Seite richtete. Zur Signatur der Weltlage ist hervorzuheben, daß die französische Armee in Italien allerdings von Hitze und Fiebern bedeutend gelitten hat. Wenn es auch den Zeitungen und selbst Privatkorrespondenten verboten war hiervon zu sprechen, so war die Thatsache darum nicht minder bekannt. Doch ist nicht anzunehmen, daß dies den Kaiser zu den auffallenden Avancen, welche er gemacht (denn alle Propositionen gingen von ihm aus), bewogen habe. Seine Minister, selbst Walewski, wußten nichts von seinen neuesten Entschlüssen, und haben, Walewski so wie Fould, noch in den letzten Tagen Noten von ganz entgegengesetztem Inhalte erlassen. Ebenso ist der kriegerische Passus in des Kaisers Proclamation „an die Soldaten“ wohl zu beachten. Daß die ungarischen Rüstungen unter Klapfa und Kossuth sehr weit gediehen waren, und die Kadres einiger Kompagnien schon vollständig bestanden, ist zu verbürgen. Dieser Trumpf, nämlich der der kaiserlichen Protektion über die „nationale Revolution“, ist etwas verfrüht ausgespielt worden, er hat wenig gestochen. Dem Imperialismus bleibt nur noch die nackte Militärherrschaft und etwa noch die derselben nahe verwandte sozialistische Diktatur. Schon in der nächsten Zeit wird es vielleicht nöthig werden, die „nationale Revolution“ in Italien mit den Waffen niederzuerwerfen. Alles im Namen des versprochenen Italienischen Bundestages. Welch ein Glück! Ein Bundesstag zur Begründung der italienischen Freiheit! Ja wohl, ein Glück! nämlich ein Glück für die ehrgeizigen Nachbarn eines so besetzten Landes. Wie aber, wenn der Papst oder der König beider Sicilien die Idee der Bundesverfassung nicht acceptiren? Sollen sie alsdann durch die Revolution oder durch den Krieg dazu gezwungen werden? Von der Voraussetzung eines zwiespältigen Oesterreichs, welches in zwei betrogenen Bundesstaaten läge, rede ich nicht. Der Kongreß wird unter Napoleons Leitung Toscana, Parma, Modena ihren legitimen Herrschern zurückstellen. Schon hat Herr v. Larochejaquelin in seiner Broschüre: „Ueber den Waffenstillstand“ aus alter Pietät, die bei einem solchen Apostaten um so anerkennenswerther ist, der Herzogin von Parma, als einer französischen Prinzessin, das Wort geredet. Wenigstens wären wir die Murats gründlich los, und auch der Prinz Napoleon ist nicht im Feuer gewesen. Garibaldi war leider nicht zu umgehen. Aber „der Moch hat keine Schuldigkeit gethan, der Moch kann gehen!“

[Stimmung in Italien.] Die Nachrichten aus Italien lauten sehr schlecht. Es läßt sich daran nichts mehr verheimlichen, und steht zu befürchten, daß die Mißstimmung der dortigen liberalen (nicht nur revolutionären) Kreise binnen kurzer Frist schon in Kundgebungen von mehr oder minder bedenklicher Tragweite sich Luft machen werde. In Mailand und selbst in Turin haben nach der Verkündigung des Friedens Zusammenrottungen stattgefunden, welche lärmend die Straßen durchzogen, Mazzini und Orsini (!) Bebechos rufend. Louis Napoleon hat den Strom entfesselt, und erst nachdem er alle Dämme durchbrochen, glaubte er durch einen raschen Entschluß ihn hemmen zu müssen. Es ist sehr fraglich, ob derselbe sich die fiesche Ableitung mittelst der Bundesverfassung wird gefallen lassen. Auch scheint man die Gefahr nicht zu verkennen; wenigstens wird gesagt, daß französische Besatzungen in den Herzogthümern, wie auch in der

Lombardei „provisorisch“ bis zur Installation des Bundes zurückbleiben sollen. Die Herzöge von Toscana und Modena und die Regentin von Parma haben der Bildung der Konföderation ihre unbedingte Zustimmung erteilt; der König von Neapel jedoch hat sie verweigert. (R. 3.)

[Tagesnotizen.] In der Cafeteria de la Nouvelle France (Saubourg Poissonnière) kam es gestern Abends zu unruhigen Auftritten. Es waren Truppen dazwischen gekommen und hatten die Cantine nicht eingerichtet gefunden. Nach verschiedenen stürmischen und disziplinwidrigen Ausbrüchen wurde die Kasse auf gütlichem Wege wieder hergestellt. — Seit heute stehen die Soldaten in Paris wieder ohne Tornister Schildwache. — Unter Bedeckung einer neapolitanischen Kriegsfregatte trafen am 16. Juli im Marceller Hafen fünf neapolitanische Schiffe mit 2000 Mann Schweizer, die aus den Kriegsdiensten des Königs beider Sicilien entlassen worden, ein. Diese verabschiedeten Schweizer sollen sofort auf der Eponer Bahn in ihre Heimath zurückbefördert werden. Die nunmehr als Thatsache zu betrachtende Desorganisation der Schweizer Truppen im Königreich beider Sicilien kann bei der jetzigen Lage der italienischen Verhältnisse um so folgenreicher werden, da die Schweizer unter König Ferdinand den Kern der Verspäter der Ruhe und Sicherheit im Lande und in der Hauptstadt bildeten. — Heute wurden folgende englische Blätter in Paris nicht ausgegeben: „Daily News“, „Express“, „Morning Herald“, „Evening Herald“, „Globe“, „Sun“, „Morning Advertiser“, „Morning Star“ und „Evening Star“; angekommen sind: „Times“, „Morning Post“ und „Morning Chronicle“. — Vor einigen Tagen hätte zu Paris in der Richerstraße eine bedeutende Feuersbrunst leicht dadurch entstehen können, daß Reibzundhölzer, fahrlässigerweise auf einem Tische liegen gelassen, sich in der starken Sonnenhitze entzündeten und die Tischdecke in Brand stellten. Glücklicherweise wurde man bald durch den Qualm, der das ganze Zimmer bereits erfüllte, auf die Gefahr aufmerksam.

Belgien.

Brüssel, 15. Juli. [Volksfest; Industrielles; Wahlprüfungen u.] Man vernimmt, daß die aus Rücksicht auf den Ackerbau provisorisch bis nach Vollendung der Ernte verschobene Einberufung mehrerer Klassen der Miliz nach neuerer Entscheidung überhaupt ausgefallen worden ist. Auch die dem Feldlager von Beverloo für dieses Jahr zugeordnete ausnahmsweise Erweiterung wird unterbleiben. Dagegen beschäftigt man sich bereits im Ministerium des Innern mit Anordnungen für das Volksfest, welches im künftigen Monat die Geburt des Erbprinzen verherrlichen soll. — Verschiedene Fabriken, welche in Folge des Kriegszustandes ihre Arbeiten ganz oder theilweise eingestellt hatten, beginnen schon, dieselben mit verdoppeltem Eifer wieder aufzunehmen. — Weder die Kammer noch der Senat ist bis jetzt mit der Vorarbeit der Wahlprüfungen zu Stande gekommen. Es wäre nicht unmöglich, daß die zu Löwen für beide Häuser erfolgten Wahlen für ungültig erklärt würden, indem verschiedene dortige Wähler in einer Petition über allerlei dabei vorgekommene Beeinflussungen (als z. B. Fünfschillingsthaler, Stockprügel u. A. m.) sich beklagt haben. Auch die zu Brüssel auf Hrn. Hymans gefallene Wahl wird in Folge der (ohne Grund) bestrittenen Nationalität des jungen Abgeordneten zu einer Debatte Veranlassung geben. — Man jagt, auf Grund der tropischen Hitze werde die Kammer, nach Konstituierung des Bureaus und Entgegennahme der außerordentlichen Regierungsvorlagen, sich für einige Zeit vertagen. Was letztere betrifft, so befindet sich allerdings darunter die Vollendung des Antwerpener Festungssystems durch Herstellung einer großen Ringmauer. Doch glaubt man, daß zur Beschaffung der auf 40 Millionen veranschlagten Kosten der Abschluß eines Anlehens nicht werden vonnöthen sein, indem die disponiblen Ressourcen des Staatskassas unter den gegenwärtigen Verhältnissen dazu ausreichen würden. — Die Linke hat gestern in der Wohnung des Herrn Orts eine Versammlung gehalten und beschlossen, diesen Herrn zum Präsidenten der Kammer zu erwählen. — In Ansehung des Thermometers hat man in der Dekonomie der Kammer eine sehr wohlthätige Erneuerung eingeführt. Anstatt des altherkömmlichen Zuckerwassers, mit welchem die Abgeordneten bisher ihre beredte oder schweigende Zunge neigten, wird ihnen nunmehr nach amerikanischer Kongresssitte Grog vorgesetzt (natürlich kalter). Die Herren laben sich sehr daran.

Brüssel, 16. Juli. [Pferdeausfuhrverbot aufgehoben; Kammerverhandlungen.] Durch einen vom 14. d. datirten königl. Erlass wird das vor wenigen Wochen ergangene Verbot der Pferdeausfuhr außer Kraft gesetzt. — Der Senat, nachdem er in Bezug auf die mehrerwähnten Wahlvorgänge zu Löwen eine parlamentarische Untersuchung angeordnet, hat sein Bureau durch Ernennung des Fürsten v. Vigne zum Vorsitzenden und der Herren Graf v. Henesse zum ersten und d'Amalins d'Hallloy zum zweiten Vizepräsidenten definitiv konstituiert. Die Majorität des Senats ist durch die Neuwahlen verändert worden, indem die liberale Partei nun vier Stimmen mehr zählt als die katholische, woraus die Zurückweisung des früheren (klerikalen) ersten Vizepräsidenten in die zweite Rangklasse sich erklärt. Heute begab eine Deputation des hohen Hauses sich zum Könige, um Sr. Majestät die Glückwünsche zur Geburt des Erbprinzen zu überbringen. Nach dreitägiger, hin und wieder viel aufgeregter Debatte hat denn heute das Haus der Abgeordneten auch seinerseits mit 60 gegen 35 Stimmen die Einleitung einer Untersuchung über die Löwener Wahlangelegenheit verfügt. Die von den Einspruch erhebenden Löwener Wählern angeführten Thatsachen (Bestechung verschiedener namhaft gemachter Personen durch die Geistlichkeit, Einschüchterungen, Drohungen u. i. w.), einmal in die Öffentlichkeit gebracht, dürften offenbar von der Kammer im Interesse ihrer Würde nicht ohne Weiteres zu den Akten gelegt werden.

Schweiz.

Bern, 14. Juli. [Verbot des fremden Militärdienstes.] Mehr noch als die von der Bundesversammlung erhaltene Weisung haben die letzten Ereignisse in Italien den Bundesrath veranlaßt, den versammelten Räten strenge Gesetzesbestimmungen über den Eintritt in fremden Militärdienst vorzulegen. Nach diesen Vorschlägen darf künftig kein Schweizer ohne Bewilligung seiner Heimathbehörden in fremden Militärdienst treten; Offiziere des Generalstabs bedürfen der Genehmigung der Bundesbehörde. Zuwiderhandelnde verlieren ihre politischen Rechte und können 10 Jahre nach ihrer Rückkehr kein öffentliches Amt bekleiden. Ueberdies stehen sie während der Dienstzeit außer dem Schutze des Bundes und haben bei ihrer Rückkehr einen Monat Gefängnis zu gewärtigen; für Werber Gefängnis und Geldbuße. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten, und die wirklich in fremdem Dienst stehenden Offiziere erhalten eine Frist von drei Monaten. Es ist sehr zu bezweifeln, ob dieses Projekt bei den Räten in solcher Form durchgeht. Beizufügen ist noch, daß der Bundesrath auf erhaltene Nachricht, daß noch ein Fremdenregiment in Neapel die Schweizer-

fahne führt, dem dortigen Generalkonsul den Auftrag erteilt hat, dahin zu wirken, daß diese Fahne verschwinde.

Bern, 15. Juli. [Die Bisthumsangelegenheit von Tessin und Graubünden.] Der Nationalrath hat heute über die Bisthumsangelegenheit Tessins und Graubündens entschieden. Die Mehrheit der Kommission beantragte durch ihren Berichterstatter Dr. Escher folgenden Beschluß: Art. 1. Jede auswärtige Episcopals-Jurisdiktion auf Schweizergebiet ist aufgehoben. Art. 2. Der Bundesrath ist mit den Verhandlungen beauftragt, welche bezüglich einstweiliger Vikariate, so wie des künftigen Bisthumsverbandes der betreffenden schweizerischen Gebietstheile und der Vereinigung der Temporalien erforderlich sind. Die den künftigen Bisthumsverband und die Temporalien beschlagenden Nebeneinkünfte sind der Ratifikation der Bundesversammlung zu unterstellen. Diesen Antrag verfocht neben dem Berichterstatter namentlich auch Bundes-Präsident Stämpfli, ebenfalls den Standpunkt festhaltend, daß die Schweiz der Benützung günstiger politischer Situationen ihre größten Errungenschaften zu verdanken habe, und darauf hinweisend, daß selbst der heilige Stuhl nicht gegen die Kostrennung der Schweiz von fremdem Episcopals-Verbande sei, dagegen Bedingungen vorschreiben wolle, die hierorts nicht annehmbar seien, so die Aufhebung tessinischer Geseze. Der Abgeordnete Müller stellte als Minderheit folgenden Antrag: „Der Bundesrath ist beauftragt, die auf Kostrennung der Kantone Graubünden und Tessin von ihrem Verbande mit auswärtigen Bisthümern gerichteten Bestrebungen der betreffenden Kantonalbehörden, so weit es an ihm liegt, und in Gemäßheit der Vorschriften der Bundesverfassung, auch fernherhin bestmöglich zu unterstützen.“ Zu diesem Vorschlage standen die Abgeordneten Charles, v. Courten, Kuffer und Builleret. Nach lebhafter Debatte wurde der Mehrheits-Antrag mit 78 gegen 16 Stimmen genehmigt. (R. 3.)

Bern, 16. Juli. [Die Schweizer in Neapel.] Der Bundesrath hat den Nationalrath Latour in außerordentlicher Mission nach Neapel beordert, mit dem bestimmten Auftrage, einer für die Schweiz peinlichen Sachlage ein Ende zu machen und die Heimkehr der noch in Neapel befindlichen Schweizertruppen zu ermöglichen. Derselbe geht über Marseille, um die Nationalität der dort befindlichen, in Folge der letzten Emute entlassenen Schweizer zu konstatiren.

Italien.

Rom, 9. Juli. [Kirchenraub.] Daß bei der allgemeiner werdenden Auflösung der Bande der Ordnung auch Kirchenräubereien häufiger werden, kann nicht wundern. In der Kathedrale zu Ferentino wurden dem Bilde der Madonna del Porto sämtliche Botivogelchen gestohlen, darunter 4 goldene Ketten, 2 goldene Armbänder mit Brillanten, acht Schnüre mit echten Perlen, ein Paar Ohrgehänge mit Edelsteinen, ein goldenes Kreuz, auch die Krone nebst vielen Sternen vom Haupte der Madonna selber. (R. 3.)

Turin, 12. Juli. [Zustände in Neapel.] In Neapel scheinen die Sachen einer Krisis zuzueilen; der Beschluß der schweizerischen Bundesregierung, den Gebrauch der helvetischen Fahnen bei den Fremden-Regimentern in Neapel zu verbieten, hat bereits zu einem Ausbruche Anlaß gegeben. Auch in den Provinzen zeigten sich aufrührerische Symptome, während bei Hofe eine große Rathlosigkeit zu herrschen scheint. Fürst Satriano, auf welchen die gemäßigten Parteien große Hoffnungen gesetzt haben, sieht sich ganz ohnmächtig, um etwas Gutes zu bewirken, und hat wiederholt um seine Entlassung nachgesucht, wurde aber immer durch Versprechungen beschwichtigt und vermocht, im Amte zu bleiben. Satriano, obwohl sehr bejahrt, ist ein sehr rüstiger und energischer Mann, wird daher nicht lange zugeben, daß man mit seinem Namen und Ansehen spiele. Es sind die Fürsten Ottajano und Tschitella, welche in außerordentlicher Mission an verschiedene Höfe abgeordnet werden, in Turin angekommen und auf der neapolitanischen Gesandtschaft herrscht eine große Bewegung. Man glaubt, daß jene Diplomaten hier verweilen, um eine Audienz vom Kaiser Louis Napoleon, welcher hier erwartet wird, auf der Durchreise zu erhalten. (R. 3.)

Spanien.

Madrid, 15. Juli. [Ernennung; Hitze.] Das amtliche Blatt bringt die Ernennung von Pastor Diaz zum Gesandten in Lissabon. — Eine unerträgliche Hitze verkohlt die Ernte.

Rußland und Polen.

Petersburg, 7. Juli. [Der Unterricht der Juden.] Ein Ukas hinsichtlich des öffentlichen Unterrichts der Juden in kaiserlichen Lehranstalten, dessen die „Senats-Zeitung“ erwähnt, gewährt Söhnen jüdischer Kaufleute und notabler Bürger den Zutritt zu denselben und den Juden die Erlaubniß, Pensionate bei denselben für ihre Söhne zu gründen. Der Unterricht ist obligatorisch. Diejenigen Juden, welche als Kandidaten zum Lehrfach und Rabbiner die Studien absolviren, sind frei von der Rekrutierung.

Petersburg, 10. Juli. [Die Bauernemanzipation; Mäßigkeitsvereine; Buteniew.] Die Frage von der Aufhebung der Leibeigenschaft schreitet ihrer Lösung rüstig entgegen. Während das Hauptkomitee mit Sichtung und Prüfung des von den Gouvernementskomitees herbeigeschickten Materials emsig beschäftigt ist, schließt ein Bauernkomitee nach dem andern in den Gouvernements seine Arbeiten und sendet seine Elaborate dem Minister des Innern ein. — Die Mäßigkeitsgesellschaften mehrten sich mit einer die Branntweinpächter zur Verzweiflung bringenden Schnelligkeit. Im Gouvernement Smolensk legten 2200 Bauern der Gräfin Zubow das Gelübde ab, sich des Branntweingewinnes zu enthalten; im Kreise Krotzant (Gouvernement Woronesch) haben 20,000 Bauern auf einmal dasselbe gethan, wiewohl nach den bezüglichen Berichten die Branntweinpächter alle möglichen Manöver ins Werk setzten, um es zu verhindern. Sie schenkten schließlich den Branntwein unentgeltlich aus, die Bauern tranken denselben, erklärten aber, daß sie dennoch keinen kaufen würden. — Der bisherige außerordentliche russische Gesandte in Konstantinopel, Buteniew, ist von seinem Posten ab- und in den Reichsrath berufen, bleibt aber Mitglied des Ministeriums des Aeußern. (H. B. H.)

Türkei.

Belgrad, 8. Juli. [Zustände in Serbien.] Am 6. erlitt Fürst Miloš abermals einen heftigen Anfall seines chronischen Uebels, welches ein Aderlaß einige Linderung brachte. Der

Stabsarzt Dr. Belloni hat die ganze Nacht bei ihm zugebracht. Der Minister des Innern steht am Sprunze und Ugrišic, Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts, ein Mann von wenigen Worten und ganz trockener Natur, übrigens ein reeller, friedliebender Mann, hat um seine Demission angefleht. Eine gewisse Partei will Garaschanin zum Kandidaten für das Portefeuille des Innern vorschreiben. — Sechs Natthalnits (Kreisvorsteher) sind wegen Mangel an Sympathie für das gegenwärtige Regime ihres Amtes entsetzt worden. — Bud Karadshits befindet sich, in Privatangelegenheiten, an der bosnischen Grenze. — Die Abgeordneten zur anberaumten Skuptschina kommen allmählig heran; bezeichnend ist es, daß diesmal nicht eine Brauhäuser-, sondern eine Schullokalität, die sich in nächster Nähe des Byzeums befindet, als Versammlungsort bestimmt wurde. Es giebt Leute, die bedauern, daß gerade zu dieser Zeit die akademischen Räume, der Ferien wegen, geschlossen sind. — Der Fürst-Nachfolger Michael hat sowohl dem abgehenden als auch dem neuernannten österreichischen Generalkonsul die Gegenseite gemacht. (Tem. 3.)

Zum italienischen Kriege.

Nachträge und Ergebnisse.

Venedig, 12. Juli. Wegen mangelnder Mitgliederzahl ist die Podesta-Wahl abermals verschoben worden.

— Die Handelskammer von Venedig ist beauftragt worden, sich ein genaues Verzeichniß aller österreichischen Handelschiffe, welche im gegenwärtigen Kriege zwischen Oesterreich, Frankreich und Sardinien gefaßert und sequestrirt wurden, zu verschaffen. In einer Rundmachung derselben werden nun alle Eigenthümer solcher Schiffe zu der genauen Angabe der Schiffe, des Ortes und der Zeit, in welcher sie gefaßert und sequestrirt wurden, und des Ortes, wo sie sich gegenwärtig befinden, aufgefordert, wie auch zur Angabe, welche Fahrzeuge gegen die Gefahren des Krieges versichert waren.

Triest, 15. Juli. Der Kriegsdampfer „Genji“ ist heute von Venedig angekommen. Morgen beginnen die Lloydfahrten nach Venedig.

Turin, 14. Juli. Der Text der gestern in Villafranca unterzeichneten Friedenspräliminarien ist hier immer nur erst den Hauptpunkten nach bekannt; eine offizielle Mittheilung fehlt noch und der Tagesbefehl des Kaisers Napoleon III. läßt freilich viel errathen, aber beruhigend hat derselbe hier keineswegs gewirkt. Die Unruhe, die Unzufriedenheit, ja die Ungerechtigkeit gegen den „Befreier“, der Venetien und sogar die lombardische Provinz Mantua in Oesterreichs Händen ließ, nimmt mit jeder Stunde zu. Dazu kam heute Morgens die dürre amtliche Anzeige der „Gazzetta Piemontese“: „Gestern haben die Minister Sr. Majestät ihre Entlassung bei Sr. K. H. dem Prinzen von Carignan eingereicht; dieselben behalten ihre Portefeuilles bis zur Bildung eines neuen Ministeriums.“ Die „Opinione“ meldet erläuternd, Graf Cavour sei gestern Nachts aus dem Hauptquartier zurückgekehrt, habe sofort nach Tagesanbruch Ministerath gehalten und in demselben angezeigt, daß er zurücktreten werde, da er nach einem solchen Frieden, der dem vorher entworfenen Programme so durchaus nicht entspreche, nicht im Amte bleiben könne. Die Nachricht von der Ministerkrisis wirkte hier in Turin sehr niederschlagend. Graf Arese, der zu Savours Nachfolger schon längst auferstehen gewesen sein soll, ist so eben aus Genua durch den Telegraphen hierher berufen worden. Die hiesige Börse nahm die Nachricht vom Friedensschlusse mit einem bedeutenden Sinken der Rente auf. (R. 3.)

— Der „Gazzetta di Milano“ zufolge lagen in den improvisirten Militärspitalern Mailands 12,436 Verwundete und Kranke, worunter 8070 Franzosen, 2300 Italiener und 2066 Oesterreicher; gestorben sind 385 Franzosen, 17 Italiener und 159 Oesterreicher. In Cremona befanden sich etwa 5000 Verwundete. — Die „Gazzetta di Modena“ vom 11. Juli veröffentlicht folgendes Dekret: Die königliche Regierung der Provinzen von Modena. In Anbetracht, daß Franz V. von Oesterreich-Este gemeinschaftliche Sache mit Oesterreich machte, welchem er, die unveräußerlichen Rechte der Nation verlegend, diese Provinzen unterwarf; in Anbetracht, daß die Stadt Modena u. A. beträchtliche Lasten für Zwangs-Lieferungen an die Oesterreicher auf Befehl Franz V. zu tragen hatten und deren Rückerstattung fordern, wird verfügt: Art. 1. Die modenesischen Provinzialstädte werden ihre Forderungen an den Staat für Lieferungen an die österreichischen Truppen liquidiren. Art. 2. Diese Summen werden genannten Städten aus den Erträgen der Besitzungen des Erzherzogs Franz von Oesterreich-Este, welche bereits unter Sequester stehen, zurückvergütet werden. Modena, 9. Juli 1859. Der Gouverneur Farini.

— Der Statthalter der Lombardei hat an die General-Intendanten der Provinzen ein Rundschreiben gerichtet, worin er gegen die in einigen Ortschaften erfolgten willkürlichen, gesetzwidrigen Verhaftungen von Personen, die als politisch verdächtig gelten, warnt und die Beamten auffordert, die Verhafteten freizulassen und Maafregeln zu treffen, daß keine solche gesetzwidrigen Verhaftungen mehr erfolgen. Sobald die Behörden es für nöthig erachten, einer Person den Prozeß zu machen, soll sofort Sorge getragen werden, daß die gesetzlichen Vorsichtsmaafregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe getroffen, der Prozeß eingeleitet, die Person aber auf freiem Fuß gesetzt werden, sobald es die öffentliche Ruhe gestattet.

— Aus Florenz, 11. Juli, wird der „Indépendance“ berichtet: „Ich schrieb Ihnen wiederholt über die Stimmung, die sich hier seit 1849 gegen die regierende Familie entwickelt hat. Die starre Weigerung des Großherzogs, sich im letzten Kriege Sardinien und Frankreich anzuschließen, hat dieses Gefühl zur Feindschaft gesteigert und dem Fürsten das ganze Volk entfremdet. Man sah und sieht in der großherzoglichen Familie nur die Freundin und Verbündete Oesterreichs. Seitdem war das Auftreten des Großherzogs und der Prinzen so, daß selbst diejenigen, welche dem Hause Lothringen ergeben sind, gestehen, die Sache dieser Familie sei rettungslos und nur noch durch Bayonnette zu halten. Die Reise des Großherzogs nach Oesterreich, statt, wie die Herzogin von Parma, in ein neutrales Land, dazu seine drei Protestationen, in denen er sich österreichischer als je aussprach, endlich seine Rückkehr mit den beiden Erzherzogen im Gefolge des Kaisers von Oesterreich und als Theil der österreichischen Armee, dies alles hat zusammen gewirkt, die frühere Geduld nun in Erbitterung und unverhohlenen Haß zu verwandeln. Das Entsetzen, mit dem die Rückkehr des Großherzogs und seiner beiden Söhne nach der Lombardei, im österreichischen Heere, hier vernommen wurde, läßt sich mit Worten nicht beschreiben; und (Fortsetzung in der Beilage.)

wenn schon in Padua der Unwille der Lombarden, als die beiden Prinzen, obwohl geborne Italiener, in österreichischer Uniform erschienen, kaum zurückgehalten war, um wie viel stärker mußte der Eindruck dieses Auftretens auf die Toscaner sein, und mit welchen Empfindungen mußten sie eine Familie heimlehen sehen, die allen hochherzigen und nationalen Ideen so scharf entgegen trat."

Paris, 15. Juli. Die wichtigste Nachricht, auf die man aber so zu sagen schon vorbereitet war, ist die des Rücktritts des Herrn v. Cavour. Derselbe soll im Hauptquartier des Kaisers keineswegs freundlich empfangen worden sein. Napoleon III. habe ihm erklärt, so vernimmt man von guter Seite her, seine (Cavour's) jüngste Politik nötige ihn zum Frieden. Hr. v. Cavour soll seine Entlassung in Ausdrücken motiviert haben, die nicht weniger als eine Anerkennung des in Villafranca zu Stande gekommenen Friedens, so wie eine Billigung der Annahme desselben durch den König von Sardinien enthalten. Graf Azele, ein ehemaliger lombardischer Flüchtling, der zu seinem Nachfolger erkoren scheint, ist ein langjähriger, intimer Freund Napoleons III. Man schließt daraus, daß durch seinen Eintritt in das Ministerium eine gewisse Hinneigung der zukünftigen sardinischen Verwaltung zu dem in Frankreich herrschenden Systeme hervortreten werde. Prinz Napoleon wird sehr bald in Meudon erwartet, wo er in längerer Zurückgezogenheit zu verweilen beabsichtigt. Man giebt als hauptsächlichsten Grund dafür an, daß seine Ansichten über die Vortrefflichkeit des in Villafranca abgeschlossenen Friedens mit denen seines kaiserlichen Vaters nicht ganz identisch seien. Er neige sich mehr, wie man sagt, der Cavour'schen Auffassung der italienischen Sachlage zu. Man kann im Allgemeinen behaupten, daß man, abgesehen von einer mehr einseitigen Beurtheilung dieses Friedens in Italien selbst, auch hier die Schwierigkeiten der Bildung eines italienischen Bundesstaates nicht unterschätzt. Der Herzog von Modena, wie der Großherzog von Toscana würden, meint man, durch ihre Wiedereinsetzung wenig oder nichts zur Kräftigung eines Bundes beitragen, dessen nationale Basis sie ihre ganze Vergangenheit hindurch verkannt und möglichst beeinträchtigt hatten. Der Papst selbst, heißt es in gut unterrichteten Kreisen, trage großes Bedenken, das ihm zuerkannte Ehrenamt anzunehmen. (K. Z.)

— Das durch die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Villafranca welthistorisch gewordene Zimmer ist ein kleiner Salon, von dem der Berichterstatter des „Pays“ folgende Skizze giebt: „Die Wandverzierung dieses kleinen Salons sind ziemlich ordentlich; sie stellen Landschaften dar, die keine Spur von Wahrheit haben, und die Draperien sind sehr geschmacklos. In dem Salon stehen zwei Sophas, wenige Sessel, aber Stühle in Menge. Die Farbe der Möbelfarbe ist grün. Mitten im Zimmer steht ein mit grünem Tuch bedeckter viereckiger Tisch. Auf diesem Tisch stand eine Vase mit frisch gebrochenen Blumen. Hier an diesem Tisch, vor diesem Blumenstrauße, haben Napoleon III. und Franz Joseph sich ungefähr eine Stunde lang eingeschlossen. Niemand wohnte dieser Unterredung bei und kein Mensch außer den beiden Monarchen weiß, was gesprochen wurde; doch herrschte während der ganzen Dauer der Konferenz rings eine feierliche Stille. Ich besaß mich während dieser Zeit auf dem Stadtplatz von Villafranca, von wo ich in das Haus Gaudini, das von den Eskorten besetzt war, gehen konnte. Kein Laut ward vernommen; alle Unterredungen waren unterbrochen, und eine Spannung herrschte, die ich Zeit meines Lebens nicht vergessen werde. Als die beiden Monarchen aus dem kleinen Salon traten, sah Napoleon III. wie Franz Joseph strahlend aus, und letzterer richtete an den Stab des Kaisers einige Worte, worin er die Bewunderung, die er für unsere Tapferen hege, ausdrückte. Se. Majestät reichte auch dem Marschall Baisant, dem General Martimpres und dem General Fleury die Hand.“

Paris, 16. Juli. Ueber die Zusammenkunft der beiden Kaiser und deren Folgen schreibt man u. A.: „Die Zusammenkunft der Kaiser Napoleon und Franz Joseph hat ihre Früchte gebracht... Bei ihrem Zusammenreffen reichten die beiden Kaiser einander die Hand zum Zeichen ihrer versöhnlichen Stimmung, und nach ihrer Zusammenkunft wiederholten sie den herzlichen Händedruck, als der Kaiser von Oesterreich auf der Straße von Vologno den Kaiser Napoleon verließ. Man versichert, daß während der Unterhandlung der beiden Kaiser der österreichische Kaiser einen Gegenvorschlag für den Frieden vorlegte und der französische Kaiser es übernahm, im Laufe des Tages auf denselben zu antworten. Nach dem Hauptquartier zurückgekehrt, hielt Seine Majestät

mit dem Könige von Sardinien und dem Prinzen Napoleon, der eben in Vologno eingetroffen war, dieselbe Beratung. Nachmittags begab sich sodann Prinz Napoleon nach Verona, um dem österreichischen Kaiser anzuzeigen, daß man seine Vorschläge ehrenvoll für die kriegführenden Theile befunden und angenommen habe. Um 10 Uhr Abends war Prinz Napoleon von seiner Mission zurück, und man vernahm mit Freuden, daß der Friede, wenn nicht in seinen Einzelheiten, so doch in seinen allgemeinen Grundzügen, beschlossen und gesichert sei.

— Wie der „Indépendance“ aus Paris geschrieben wird, ist es im Plane, den Grafen Cavour und den General Garibaldi, deren Gegenwart Sardinien nur zu Verlegenheiten führen könnte, außerhalb Piemonts in nützlichen und ehrenvollen Stellungen zu verwenden. Außer Cavour's Rücktritt ist derjenige des Marschalls d'Alegio von seiner Stellung als außerordentlicher sardinischer Bevollmächtigter in den römischen Legationen bemerkenswerth. Der Marschall hat bereits seine Entlassung in Turin eingereicht. Derselbe Pariser Korrespondent schildert die Stimmung in Mailand und Turin als sehr bedenklich; auch sollen bereits mazzinistische Kundgebungen vorgekommen sein; namentlich aber hat die Gährung in Florenz und Livorno bereits einen hohen Grad erreicht. Wie in der toscanischen Hauptstadt ist man auch in Livorno in das Bureau des offiziellen Organs gestürzt und hat die Pressen zertrümmert. In Livorno hat sich der Möbel bekannlich von jeder in solchen und ähnlichen Handlungen der Rohheit und des Unverständes Luft gemacht. Im Hafen von Livorno werden englische Kriegsschiffe erwartet. Bekanntlich liegen bereits vor Ancona mehrere derselben. Ein Theil der auf dem Rückmarsche befindlichen französischen Truppen soll auch schon Befehl erhalten haben, sich in Genua nach Livorno einzuschiffen, um durch ihre Gegenwart dem wieder eingelegten Großherzog einen Haltpunkt zu geben. Zu der „provisorischen“ Belagerung in Rom kommt demnach ein ähnliches unabsehbare Provisorium in Livorno und Florenz; und bei der Erbitterung der Liberalen in Modena und Parma sind französische Hülfsstruppen auch kaum unentbehrlich. Die Herzogin von Parma hat bereits am 4. Juli, also acht Tage vor dem Frieden, an eine legitimistische Gröbe in Paris geschrieben, sie hoffe, binnen 3 Monaten wieder in ihren Staaten zu sein. In Paris will man laut der „Indépendance“ in legitimistischen Kreisen wissen, die Herzogin habe geheime Zusagen von Seiten der französischen Regierung erhalten. Derselbe Pariser Korrespondent meldet auch, daß nicht bloß eine Division Franzosen nach Toscana geschickt, sondern gleichzeitig die toscanische Armee, die bekannlich mit dem Prinzen Napoleon nach dem Vercino marschirte, aufgelöst werden solle, da die Finanzkräfte des Landes kein so beträchtliches Heer zu unterhalten gestatten. Indes war die toscanische Armee, die von einem österreichischen General eingeübt worden, auch 10,000 Mann stark, als das Pronunciamento erfolgte, in dessen Folge der Großherzog nach Wien, der Erbprinz nach österreichische Feldlager ging und die Schlacht bei Solferino mitmachte.

Bern, 16. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Mailand hätten daselbst revolutionäre Demonstrationen stattgefunden. Französische Soldaten sollen unter dem Rufe: „Zur Republik!“ mit dem Volke fraternisirt haben.

Kotales und Provinzielles.

Posen, 19. Juli. [Einquartirung.] Da morgen hier das 7. Inf. Regt. wieder einrückt, so soll eine Umquartirung und resp. neue Bequartirung der hiesigen Einwohner stattfinden. Es ist dabei in Aussicht gestellt, daß auch diejenigen, die schon bei der ersten Quartiervertheilung bedacht worden sind und wochenlang Einkwartirung gehabt, event. einen vollen Monat das Geld für nothwendige Ausquartirung haben bezahlen müssen, wieder mit der Hälfte, resp. zwei Dritteln (denn man kann z. B. drei Mann nicht halbiren) belegt werden. Das erscheint nicht billig, zumal bei der ersten Bequartirung sehr Viele ganz frei geblieben sind, die, wenn man nach lokalen Verhältnissen urtheilt, hätten belegt werden müssen. Die Berechnung der Einkwartirung dünkt uns, wenn der Maßstab der städtischen Einkommensteuer zu Grunde gelegt wird, sehr einfach. Die letztere beträgt in runder Summe etwa 48,000 Thlr., welche, nur zu 4% gerechnet (man kapitalisirt dabei gemeinlich mit 4 1/2%, wir wollen aber die niedrigsten Ansätze nehmen), ein Einkommen von 1,920,000 Thlr. repräsentiren. Rechnet man auf 1000 Thlr. 3 Mann (bei höherem Einkommen fallen 4 Mann pro 1000 Thlr.), so ergibt das 5760, oder in runder Summe mit Einrechnung

der Differenzen 6000 M., die hier einfach in Naturalquartier untergebracht werden könnten. Wenn nun die diesmal einquartirenden Mannschaften etwa 4000 M. betragen, so will es doch scheinen, als wenn bei regelrecht geordneter, gleichmäßiger und pünktlicher Vertheilung die früher bequartirten Einwohner diesmal befreit bleiben sollten. Ist das Exempel falsch, so werden wir uns gern belehren lassen; vorläufig erscheint es uns aber im großen Ganzen richtig.

S — [Sommertheater.] Wer die Theaterverhältnisse nicht bloß vom Hörensagen kennt, wer auch gelegentlich einmal ein klein wenig „hinter die Kulissen“ geschaut, dem sind auch die Leiden eines Regisseurs nicht ganz fremd geblieben. Wir sind überzeugt, unsere Theaterfreunde besitzen auch dafür ein gefühlvolles Herz und sind gern erbötig, dem „Lastträger der Bühne“ (das ist aber der Regisseur im vollen Sinne des Wortes) diese seine Last und Arbeit, die leider oft eine Sisyphusarbeit ist, wenn nicht zu erleichtern — das vermag ja das Publikum nicht — so doch zu versüßen. Dazu bietet sich morgen erwünschte Gelegenheit. Der Regisseur Hr. Friede, als wackerer und sehr verwendbarer Darsteller unseren Theaterfreunden schon aus der Winteraison bekannt, hat morgen — Mittwoch — sein Benefiz. Konzert, lebende Bilder mit Tableau, die naturwüchsige Posse: „Sieben Mädchen in Uniform“, das hübsche Lustspiel „Engländer“ — wir dächten, das wäre anziehend genug, um unsern hübschen Sommertheater auch morgen zahlreichen Besuch zuzuführen. Wünschen und hoffen wir denn, daß dies im Interesse des Benefizianten in recht ausgedehntem Maße der Fall sein werde.

r Wollstein, 18. Juli. [Ernte; Hopfen.] Vom schönsten Wetter begünstigt, ist im hiesigen Kreise der größte Theil des Roggens eingeerntet und es erheben sich bereits, da der reiche Segen in den Scheunen nicht untergebracht werden kann, viele Roggenstöße auf freiem Felde. Die Roggenpreise sind in Folge dessen auf dem letzten Markttage, trotzdem der Ernte wegen die Zufuhren nicht bedeutend waren, wieder herunter gegangen. Der Scheffel neuer Roggen galt 1 1/2 Thlr., alter war um 1/4 Thlr. theurer. Auch die Erbsen, die sehr reichlich lohten, sind fast sämmtlich unter Dach und die Weizenerte wird in 8 Tagen beginnen. Unsere Hopfenproduzenten sehen auch in diesem Jahre einer sehr guten Zeit entgegen. — Während nämlich in Böhmen, wo bekannlich unser Hopfen Absatz findet, keine Aussichten auf gute Ernte sind, hat unser Hopfen durch die günstige Witterung einen sehr guten Stand erhalten und verspricht einen ergiebigen Ertrag. Der Wuchs der Pflanze geht bereits über die Stangen hinaus und von Mehlthau, der bereits um sich gegriffen hatte, ist keine Spur mehr vorhanden.

Znoworacław, 18. Juli. [Bekanntmachung; Kreistagsbeschlüsse.] Unser Kreisblatt bringt eine Bekanntmachung, wonach durch rechtskräftiges Erkenntnis wegen vorräthiger Beschädigung und Zerstörung von Gebäuden unter Auferlegung der Kosten eine Person zu einjähriger Gefängnisstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren und zwei zu je vierzehntägiger Gefängnisstrafe verurtheilt sind. (Es wäre lebhaft zu wünschen, daß auch bei uns ähnliche Beispiele Baumrivel statuiert werden könnten. D. Red.) — In der letzten Kreisversammlung ist, nachdem mehrere neue Mitglieder eingeführt und die verschiedenen Vorstände ergänzt waren, beschlossen worden: daß die Schauspielerbezahlung auf der Znoworacław-Patoscher Kreis-Schauspiel veranschlagt auf ein Jahr vom 1. Oktober d. Z. ab gegen ein Minimum von 450 Thlr. jährlich und eine vom Pächter zinsfrei zu bestellende Kautions von 150 Thlr. verpachtet; daneben dem Mitbesitzer Wolosi zu Komajzyce die freie Benutzung der Znoworacław-Patoscher Kreis-Schauspiel, zu welcher er Grund und Boden unentgeltlich herzugeben, für die Dauer seiner und seiner eheglichen Lebzeiten, und den Mitbesitzern R. und v. L. die Benutzung dieser Schauspiel gegen ein jährliches Gium von 6 resp. 5 Thln. gestattet werde. Auch beschloß man, die für die Mobilmachung erforderlichen 20,000 Thlr. zum Ankauf der Landwirthschafts- und zur Bestreitung der an Angehörige einberufener Landwehrleute z. z. zu gewährenden Unterstützungen womöglich anleihenweise gegen Wechsel von Kreisangehörigen bei der Bank aufzunehmen, und wenn dies nicht angehen sollte, dieselben durch Repartition auf die Kreisbewohner nach Maßgabe der Repartition der Kreis-Kommunalbeiträge aufzubringen.

Angekommene Fremde.

Vom 19. Juli.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Praktischer Arzt Unholz aus Berlin, die Lieutenanten im 7. Inf. Regt. v. Baldow und v. Schimmelfennig aus Bissa, die Kaufleute Neumann aus Mainz, Wedel aus Stettin, Griel aus Frankfurt a. O. und Wolff aus Landsberg.
MYLIUS' HOTEL DE DRESE. Die Gutsb. v. Mrozinski aus Schwabtau und Britische aus Rothwasser, Lehrer Taubel aus Köslin, Rentier Bauer und die Kaufleute Kindermann, Langenmeyer und Weber aus Berlin, Scharf aus Leipzig, Schröder aus Elst, Arendt aus Düsseldorf, Sander aus Paris und Rosenberger aus Breslau.
SCHWARZER ADLER. Stadtrath Wackermann aus Regafen, Brennerrei-Bewalter Lange aus Neustadt a. W., die Mühlenbesitzer Gebrüder Gellert aus Kolno, Kaufmann Franke aus Rostin, die prakt. Aerzte Dr. Belgard aus Malta (Kr. Posen), Dr. Szytych aus Trachenberg, Dr. Moos und Reiserwitz Goldentung aus Breslau.
BAZAR. Gutsbesitzer v. Potworowski aus Gola.
HOTEL DE PARIS. Stud. jur. Riedel aus Greifswald, die Gutsbesitzer v. Rotarski aus Kamieniec und Budzynski aus Kleryka.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Das Garde-Landwehrbataillon trifft am 21. Juli wieder in Bissa ein, von wo die Mannschaften voraussichtlich in Kurzem nach Hause entlassen werden.

Die Angehörigen werden hiervon benachrichtigt und aufgefordert, zur Vermeidung von Verzögerungen die etwa nöthige Civilkleidung nach Bissa zu senden.

Posen, den 19. Juli 1859.

Der Polizeipräsident und stellv. Landrath v. Baerensprung.

Auf Anregung der Frau Bürgermeisterin Buttel zu Stadt Schwesenz sind dort Damen zusammengetreten, um der Mannschaft des seit dem 19. v. Mts. in Schwesenz kantonirten Posen'schen Landwehrbataillons die erforderlichen Verbandsmittel zu beschaffen. Dem Unterzeichneten sind nicht allein heute 700 zierliche Rollen, Binden und Charpie entbunden, übergeben worden, sondern hat die Frau Kammerer Franz die Güte gehabt, den Rest der für die Kriegsstärke des Bataillons noch erforderlichen Verbandstoffe aus Dorf Schwesenz zuzufügen. Für diese so anspruchslos gebotene echt preussische Gabe sage ich hiermit im Namen der Beurlaubten des Bataillons den genannten Damen, so wie allen Denjenigen, die sich bei diesem patriotischen Werk betheiligt haben, wozu uns namentlich der Herr v. Treskow zu Wierzonitz gehört, meinen tiefgefühlten Dank.
R. D. Schwesenz, den 18. Juli 1859.
v. Krane,
Major und Kommandeur des 1. Bataillons (Posen) 18. Landwehr-Regiments.

Bekanntmachung.

Um eine Ausgleichung der Einkwartirungskosten unter den Einwohnern zu bewirken, ist es erforderlich, diejenigen, welche bisher keine Einkwartirung gehabt haben, vorweg mit derjenigen Zahl Mannschaften zu belegen, welche nach ihrem Einkommen festgestellt ist.

Die dann noch unterzubringenden Mannschaften werden auf die bisher belegten und die jetzt zu belegenden Quartiere gleichmäßig vertheilt.

Posen, den 19. Juli 1859.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Gnesen, den 12. April 1859.
Das im Kreise Gnesen, Regierungsbezirk Bromberg, belegene adlige Gut **Dzieciemiarki**, bestehend aus dem Dorfe und Vorwerke **Dzieciemiarki** und dem Vorwerke **Stempowo**, landbäuerlich abgetheilt auf 57,832 Thlr. 14 Sgr. 7 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur eingetragenen Tare, soll

am 30. November c. Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Sommersaison 1859.

Bad Homburg

Sommersaison 1859.

bei Frankfurt a. M.

Die Quellen Homburgs, deren Analyse von dem berühmten Professor Liebig festgestellt hat, sind erregend tonisch, auflösend, und abführend; sie betheiligen ihre Wirksamkeit

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

- 1) die **Lippmann Meyer Wulfschen** Erben;
- 2) **Michael und Josepha** und der Landwirthschafts Rath **Casimir v. Wollschläger**;
- 3) **Marianna, Adalbert, Marcellus, Ignaz und Jacob Anton** Geschwister Perzyski;
- 4) **Justina Turosa**;
- 5) **Johann Ignaz und Anton Roman** Geschwister Zachinski;
- 6) **Wittwe Catharina Nidiger**;
- 7) **Marianna verehelichte Wilska**;
- 8) **Auguste Beckenstein**;
- 9) **Dr. Litzner**;

werden hierzu öffentlich vorgeladen. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekeneinbuche nicht ersichtlichen Realforderung Verfolgung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Gründlichen Unterricht auf dem Fortepiano und im Französischen gegen ein mäßiges Honorar. Näheres in der Musikalienhandlung von **Ed. Vöte & S. Vöte**.

in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Funktionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **chronischen Krankheiten der Drüsen des Unterleibes**, namentlich der Leber und Milz, bei **Hypochondrie**, bei **Urinleiden**, bei **Stein**, bei der **Gicht**, bei der **Gelbsucht**, bei **Hämorrhoidaliden** und **Verstopfungen**, so wie bei allen den mannigfachen Leiden, die ihren Ursprung aus erhöhter Reizbarkeit der Nerven herleiten.

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innere Gebrauch des Wassers, besonders wenn es frisch an der Quelle getrunken wird, und die Vergiftung, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entfernen von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens, unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

Mollen werden von **Schweizer Alpenfennen** des Kantons Appenzell aus **Ziegenmilch** durch doppelte Sichtung zubereitet und frisch und warm in der Frühe im Park der Mineralquellen für sich, wie in Verbindung mit den verschiedenen Mineralbrunnen verabreicht.

Außer dem **Badehaufe**, worin die Mineralwasser, so wie auch Nadelbäder gegeben werden, findet man hier auch gut eingerichtete **Krankbäder**, welche in häufigen Fällen wesentlich zur Förderung der Brunnentherapie beitragen.

Das großartige **Konversations-Haus**, welches das ganze Jahr hindurch geöffnet bleibt, enthält **prachtvolle Säle**, welche allgemeine Benützung erwecken. Es enthält einen Ballsaal, einen Konzertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Konversations-Säle**, wo Trete-et-quarante und Roulette unter Gewährung außergewöhnlicher Vortheile aufsteigen, indem das Trete-et-quarante mit einem halben **Rekalt** und das Roulette mit einem **Zéro** gespielt wird. Ferner ein großes **Kafekabinett**, das unentgeltlich für das Publikum geöffnet ist, und wo die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, polnischen, russischen und holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein prachtvoll decorirtes **Kaffee- und ein Rauchzimmer**, die auf eine schöne Asphalt-Terrasse des Kurgartens führen, und einen **Speisesalon**, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table-d'hôte** ist, deren Leitung dem berühmten Herrn **Chevet** aus Paris übergeben wurde.

Das rühmlichst bekannte **Kur-Orchester** spielt dreimal des Tages: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musik-Pavillon des Kurgartens und Abends im großen Ballsaale.

Jede Woche finden **Réunions, Bälle**, wo die gewählte Badegesellschaft sich versammelt, und **Konzerte der bedeutendsten durchreisenden Künstler** statt.

Bad Homburg ist nur eine Stunde durch die Verbindung von Post, Eisenbahn, Draisibus u. von Frankfurt entfernt.

